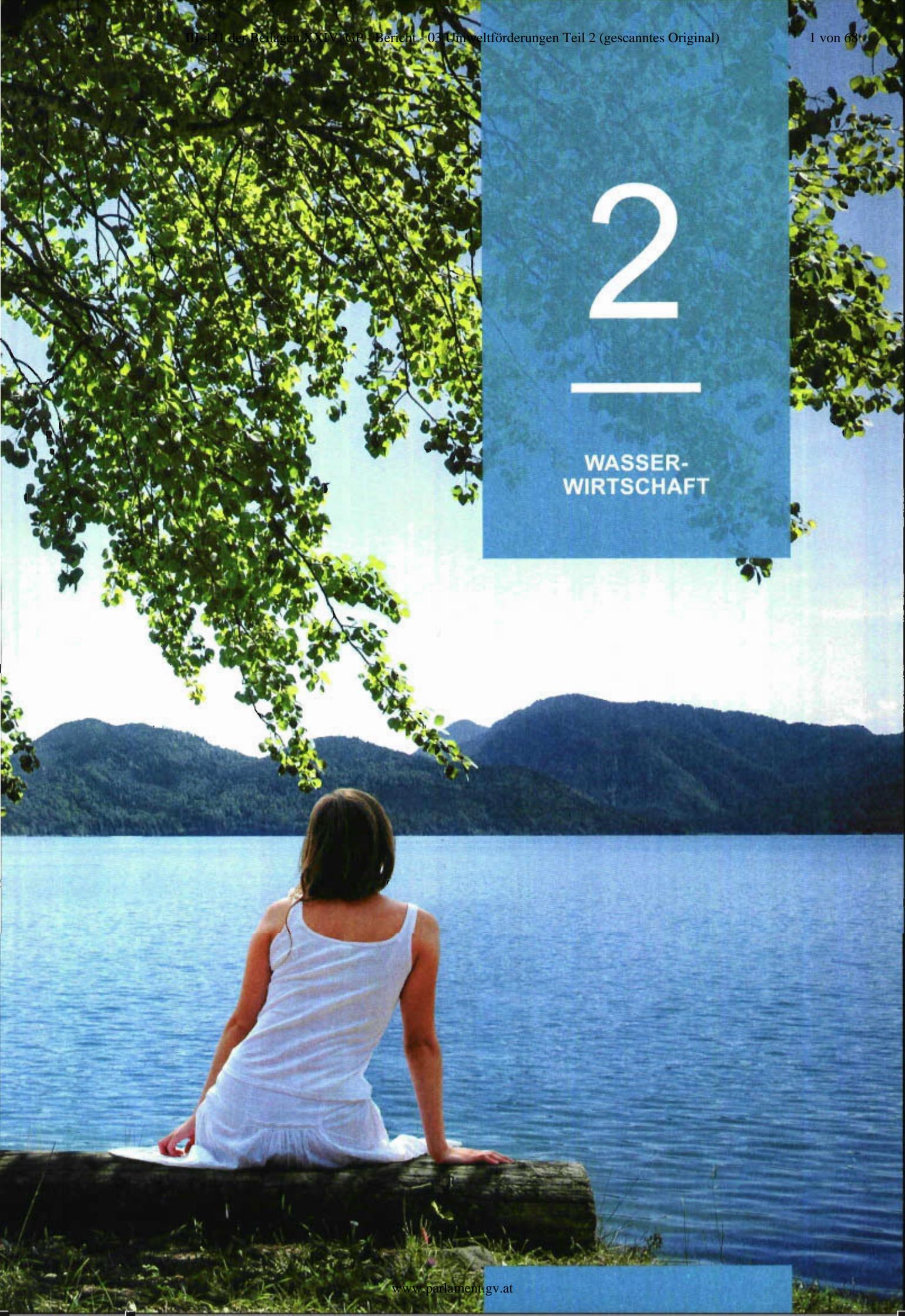


2

WASSER- WIRTSCHAFT



2 Wasserwirtschaft

2.1. Facts & Figures

2.1.1. Wasserwirtschaft im Jahr 2012

Im Jahr 2012 fanden zwei Sitzungen der Kommission in Angelegenheiten der Wasserwirtschaft unter dem Vorsitz von Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Hiesl (Oberösterreich) statt.

Insgesamt wurden 2.161 Projekte mit einem Förderungsbarwert von 115,5 Mio. Euro und einem umweltrelevanten Investitionsvolumen in Höhe von 495,2 Mio. Euro vom Umweltminister genehmigt. Gegenüber 2011 sind die eingereichten und genehmigten Förderungsanträge um 545 Stück gesunken, das umweltrelevante Investitionsvolumen reduzierte sich um 14 %, der Gesamtförderungsbarwert nahm um 15 % ab. Der durchschnittliche Förderungssatz über alle Förderungsbereiche der Wasserwirtschaft lag 2012 bei 23,3 %, 2011 bei 23,7 %. Im Bereich der Siedlungswasserwirtschaft lag der durchschnittliche Förderungssatz bei 21,1 %, im Bereich der Gewässerökologie bei 41,4 %.

Zuordnung der Förderungsmittel auf die einzelnen Anlagenarten 2012

Wasserwirtschaft 2012			in EUR
Förderungsbereich	Anzahl	Umweltrelevantes Investitionsvolumen	Förderungsbarwert
Abwasserentsorgungsanlagen	477	240.774.875	59.118.248
<i>davon mit Leitungskataster</i>	<i>80</i>	<i>5.570.991</i>	<i>2.010.868</i>
Kleinabwasserbeseitigungsanlagen	30	3.933.877	1.170.788
Pauschalierete Kleinabwasserbeseitigungsanlagen	933	14.437.755	3.369.364
Betriebliche Abwassermaßnahmen	6	6.381.328	1.328.951
Summe Abwasserentsorgung	1.446	265.527.835	64.987.351
Wasserversorgungsanlagen	430	172.073.013	27.434.039
<i>devon mit Leitungskataster</i>	<i>49</i>	<i>2.018.031</i>	<i>926.462</i>
Pauschalierete Einzelwasserversorgungsanlagen	209	5.558.259	997.760
Summe Wasserversorgung	639	177.631.272	28.431.799
Kommunal	35	24.889.647	14.347.067
Wettbewerbsteilnehmer	24	23.499.493	4.849.853
Bundeskonsens	5	1.390.096	1.390.096
Summe Gewässerökologie	64	49.779.236	20.587.016
Forschung	12	2.248.652	1.487.768
Summe	2.161	495.186.995	115.493.934

Quelle: Lebensministerium/Kommunalkredit Public Consulting, 2013

Tabelle 3

2.1.2. Wasserwirtschaft 1993 bis 2012

Im Zeitraum 1993 bis einschließlich 2012 wurden insgesamt 37.968 Projekte mit Förderungen in Höhe von 4.815 Mio. Euro und einem umweltrelevanten Investitionsvolumen von 16.631,4 Mio. Euro von der Kommission positiv beurteilt und vom Umweltminister genehmigt. Der durchschnittliche Förderungssatz über alle Förderungsbereiche liegt für diesen Zeitraum bei 29 %.

Die Statistik über die Zuordnung der Förderungen in Tabelle 4 zeigt, dass in der Abwasserentsorgung mehr als 27.500 Maßnahmen mit einem durchschnittlichen Förderungssatz von 31,2 % gefördert wurden. In der Wasserversorgung erhielten rund 10.100 Projekte eine Förderung. Der Durchschnittsförderungssatz lag in diesen Fällen bei 18,1 %, bei den betrieblichen Abwassermaßnahmen bei rund 20 %. Im Bereich der Siedlungswasserwirtschaft lag der durchschnittliche Förderungssatz bei 29,1 %.

Im Bereich der Gewässerökologie wurden seit 2009 insgesamt 173 Projekte mit Förderungen in Höhe von 43,1 Mio. Euro und einem umweltrelevanten Investitionsvolumen von 98 Mio. Euro gefördert. Hier lag der durchschnittliche Förderungssatz bei 44 %.

Seit 1995 wurden auch 176 Forschungsvorhaben in der Wasserwirtschaft gefördert. Der durchschnittliche Förderungssatz für Forschungsvorhaben beträgt 41,4 %.

Zuordnung der Förderungsmittel auf die einzelnen Anlagenarten zwischen 1993 und 2012

Wasserwirtschaft 1993 bis 2012			in EUR
Förderungsbereich	Anzahl	Umweltrelevantes Investitionsvolumen	Förderungsbetrag
Abwasserentsorgungsanlagen	15.106	12.858.345.334	4.071.020.868
Kleinabwasserbeseitigungsanlagen	762	65.773.113	20.385.960
Pauschalierte Kleinabwasserbeseitigungsanlagen	11.142	161.205.710	37.396.110
Betriebliche Abwassermaßnahmen	504	418.775.512	83.542.244
Summe Abwasserentsorgung	27.514	13.504.099.669	4.212.345.182
Wasserversorgungsanlagen	7.034	2.919.198.236	521.090.434
Pauschalierte Einzelwasserversorgungsanlagen	522	21.871.465	7.272.505
Einzelwasserversorgungsanlagen (ab 1999 pauschaliert)	2.549	44.151.728	12.898.920
Summe Wasserversorgung	10.105	2.985.221.429	541.261.859
Kommunal	83	51.786.647	30.065.281
Wettbewerbsteilnehmer	71	41.759.203	8.573.016
Bundeskonsens	19	4.445.027	4.445.027
Summe Gewässerökologie	173	97.990.877	43.083.324
Forschung	176	44.103.174	18.278.239
Summe	37.968	16.631.415.149	4.814.968.604

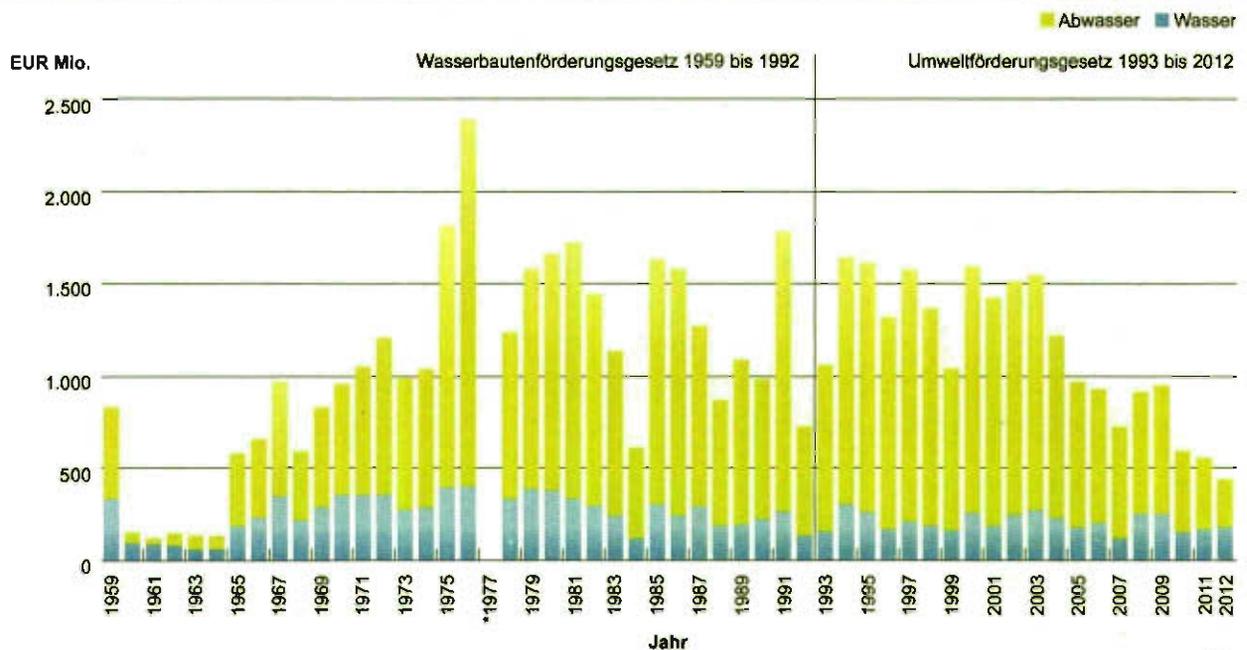
Quelle: Lebensministerium/Kommunikredit Public Consulting, 2013

Tabelle 4

2 Wasserwirtschaft

Zur Veranschaulichung der Entwicklung im Bereich der Siedlungswasserwirtschaft zeigt Grafik 1 auch die geförderten Investitionen vor Inkrafttreten des Umweltförderungsgesetzes (UFG) im Jahr 1993. In der Zeit von 1959 bis 1992 war der Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds (UWF) Träger der Förderungen. Mit Inkrafttreten des UFG wurde das Förderungsmodell von der Vergabe niedrig verzinsten Darlehen mit langer Laufzeit auf die Gewährung von Finanzierungszuschüssen umgestellt.

Übersicht über die geförderten Investitionen zwischen 1959 und 2012



* 1977 hat der Wasserwirtschaftsfonds keine Förderungen zugesichert.

Quelle: Lebensministerium/Kommunikations Public Consulting, 2013



Grafik 1

2.1.3. Verteilung der Förderungsmittel

Die Gliederung nach Anlagenarten (Tabelle 3) zeigt, dass sich die 2012 vergebenen Förderungen in der Siedlungswasserwirtschaft zu 70 % auf Abwasserentsorgungsprojekte und zu 30 % auf Wasserversorgungsprojekte aufteilen.

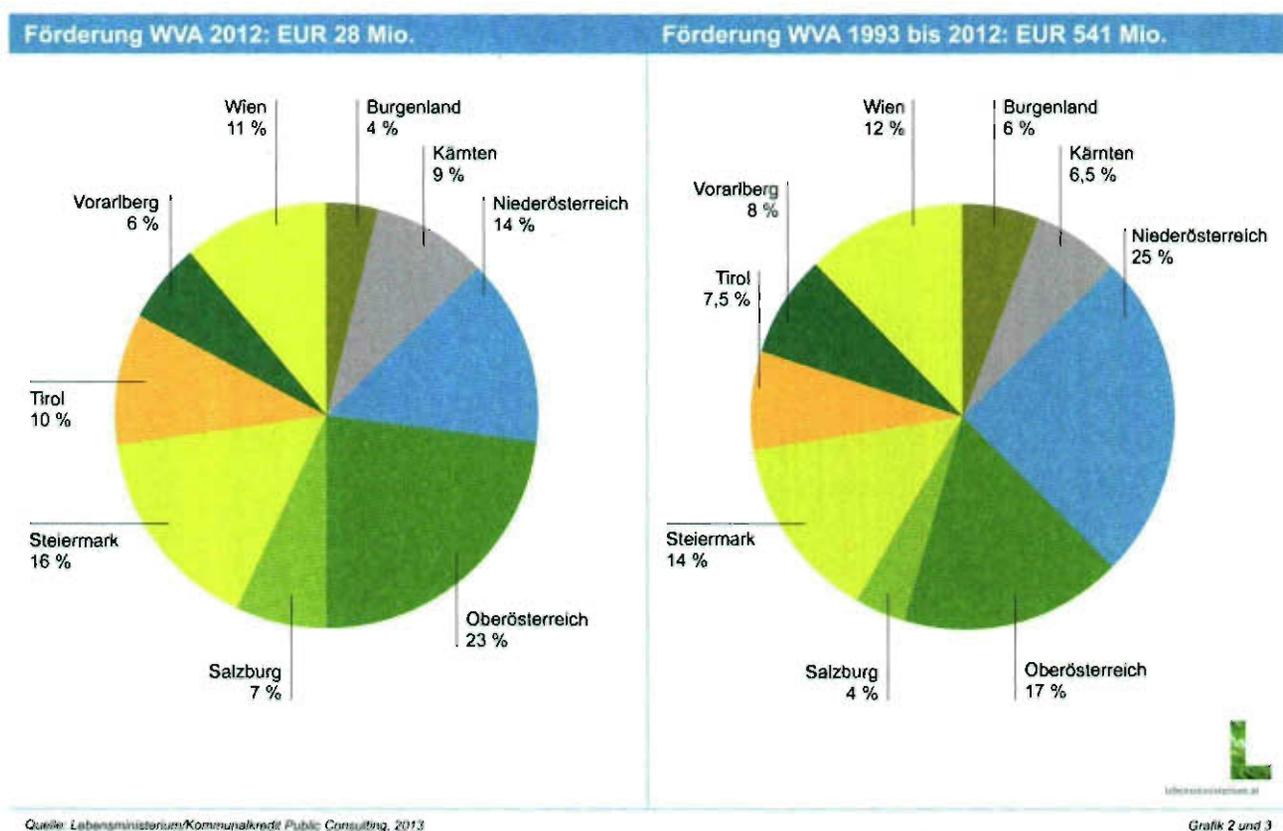
Kommunale Wasserversorgungsanlagen (WVA) werden seit der Förderungsrichtliniennovelle 2001 mit einem Förderungssatz von 15 % der umweltrelevanten Investitionskosten unterstützt. Seit der Richtliniennovelle 2006 kann bei einer Verbesserung der Einbautenkoordination ein zusätzlicher Pauschalbetrag von zwei Euro je Laufmeter Wasserleitung lukriert werden.

Im Jahr 2012 erhielten 430 kommunale Wasserversorgungsprojekte mit Investitionskosten von insgesamt 172,1 Mio. Euro eine Förderung von 27,4 Mio. Euro. Darin sind bereits die Pauschalbeiträge für die Einbautenkoordination in Höhe von rund einer Mio. Euro und für die Erstellung digitaler Leitungskataster in Höhe einer weiteren Mio. Euro enthalten. Die durchschnittliche Förderungsintensität liegt hier bei 15,9 %. Neben den kommunalen Projekten wurden 2012 zusätzlich 209 **Einzelwasserversorgungsanlagen (PEWV)** mit Investitionskosten von 5,6 Mio. Euro und einer Pauschalförderung in Höhe von einer Mio. Euro genehmigt.

Insgesamt wurde im Jahr 2012 für 639 Wasserversorgungsprojekte mit Investitionskosten in Höhe von 177,6 Mio. Euro eine Gesamtförderung von 28,4 Mio. Euro gewährt. Dies entspricht einer durchschnittlichen Förderungsintensität von 16 %.

Die Bundesländerverteilung der Mittel in der kommunalen Wasserversorgung (Grafiken 2 und 3) zeigt, dass im Jahr 2012 23 % auf Oberösterreich, 16 % auf die Steiermark und 14 % auf Niederösterreich entfallen. Ähnlich ist die Verteilung im Zeitraum 1993 bis 2012. Mehr als die Hälfte der Förderungen entfallen auf die Bundesländer Niederösterreich, Oberösterreich und Steiermark.

Zuordnung der Förderungsmittel für Wasserversorgungsanlagen 2012 bzw. zwischen 1993 und 2012



Seit der Novelle der Förderungsrichtlinien 2001 werden neu errichtete kommunale **Abwasserentsorgungsanlagen (ABA)** mit zumindest 8 % und maximal 50 % der förderungsfähigen Investitionskosten gefördert. Pauschalsätze im Ausmaß bis zu 20 % der förderungsfähigen Investitionskosten können zusätzlich gewährt werden.

Im Jahr 2012 erhielten insgesamt 477 kommunale Abwasserentsorgungsprojekte mit Investitionskosten von 240,8 Mio. Euro eine Förderung von 59,1 Mio. Euro.

In diesem Gesamtförderungsbarwert sind bereits folgende Pauschalförderungsanteile enthalten: 11,4 Mio. Euro für neue Kanäle und Neuerrichtung bzw. Erweiterung von Kläranlagen, 1,4 Mio. Euro für die Einbautenkoordination und 2 Mio. Euro für die Erstellung digitaler Leitungskataster.

Die durchschnittliche Förderungsintensität für alle Projekte aus diesem Bereich beträgt 24,6 %.

2 Wasserwirtschaft

179 Projekte der kommunalen Abwasserentsorgung mit Gesamtinvestitionskosten von 117,5 Mio. Euro erhielten eine Spitzenförderung in Höhe von insgesamt 43,2 Mio. Euro (Förderungssatz > 8 %). Fast zwei Drittel der Förderungen (73 %) entfielen damit auf Investitionsvorhaben mit Spitzenförderung. Die durchschnittliche Förderungsintensität inklusive Pauschalförderungen beträgt hier 2012 36,7 % (2011: 36,1 %).

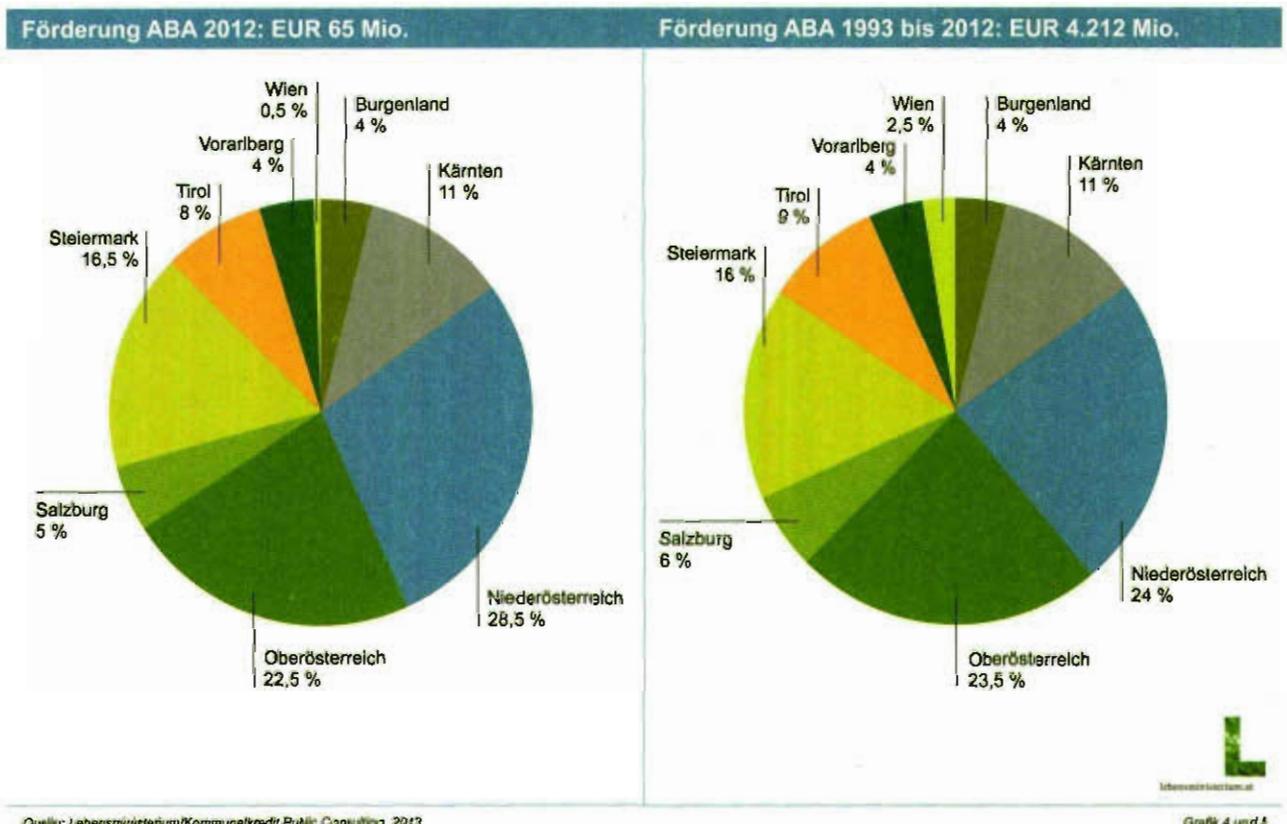
Die verbleibenden 298 kommunalen Projekte mit Investitionskosten von 123,3 Mio. Euro wurden mit dem Sockelförderungssatz von 8 % zuzüglich Pauschalförderung unterstützt. Daraus resultiert eine Gesamtförderung von 15,9 Mio. Euro. Die durchschnittliche Förderungsintensität für diese 298 Anlagen beträgt 12,9 %.

Neben den kommunalen Projekten wurden 2012 weitere 963 **Kleinabwasserbeseitigungsanlagen** mit Investitionskosten von 18,4 Mio. Euro und einer Gesamtförderung von 4,5 Mio. Euro genehmigt.

Weiters erhielten sechs **betriebliche Abwasserprojekte** mit Investitionskosten von 6,4 Mio. Euro eine Förderung in Höhe von 1,3 Mio. Euro.

Im Zeitraum 1993 bis 2012 entfielen 64 % und im Jahr 2012 68 % der Förderungsmittel für Abwasserentsorgungsanlagen auf Projekte in den Bundesländern Niederösterreich, Oberösterreich und Steiermark (Grafiken 4 und 5). Dieser hohe Wert erklärt sich vor allem aus den höheren Förderungssätzen im ländlichen Raum. Neben Kanalerweiterungen in ländlichen Gebieten stehen zukünftig vor allem größere Investitionen für Sanierungen an. Österreichs Kläranlagen sind weitgehend an den Stand der Technik angepasst, doch werden auch in diesem Bereich zukünftig Sanierungen notwendig sein.

Zuordnung der Förderungsmittel für Abwasserentsorgungsanlagen 2012 bzw. zwischen 1993 und 2012



2.1.4. Effekte der im Jahr 2012 genehmigten Projekte

Im Rahmen der geförderten Abwasserentsorgungsprojekte wurden im Jahr 2012 Förderungen für rund 730 Kilometer Kanal zugesichert. Etwa 9.100 Objekte – das entspricht in etwa 34.300 Einwohnern/innen bzw. 42.100 Einwohnerwerten – können dadurch an die öffentliche Kanalisation angeschlossen werden. Mit den 2012 genehmigten Projekten wurden die Abwasserreinigungskapazitäten um ca. 206.000 Einwohnerwerte ausgebaut. Damit werden zusätzlich jährlich rund 3.200 Tonnen BSB₅ abgebaut, 769 Tonnen Stickstoff nitrifiziert und 555 Tonnen Stickstoff sowie 120 Tonnen Phosphor aus dem Abwasser entfernt.

In der Wasserversorgung genehmigte der Umweltminister Projekte mit 513 Kilometern Wasserleitungen, 50 Wasseraufbereitungsanlagen, einem Wasserspeichervolumen von rund 22.200 m³ und 84 Wassererschließungen (Quellen, Brunnen). Mit diesen Anlagen werden ca. 51.000 Einwohner/innen (61.200 Wasserversorgungseinheiten) versorgt.

Durch die Förderungen der Siedlungswasserwirtschaft wurden alleine im Jahr 2012 2.228 Arbeitsplätze vor allem im ländlichen Raum zusätzlich geschaffen. Der laufende Betrieb, der mit Hilfe der Förderungsmittel aufgebauten Infrastruktur im Bereich der Siedlungswasserwirtschaft, sichert unter Einbeziehung der Vorleistungssektoren ca. 12 Arbeitsplätze pro Mio. Euro Betriebsausgaben.

2.1.5. Gewässerökologie

Eine Bestandsaufnahme der Oberflächengewässer in Österreich gemäß der Wasserrahmenrichtlinie hat gezeigt, dass Defizite vor allem bei den Abflussverhältnissen, der Gewässerstruktur (Morphologie) und der Durchgängigkeit der Fließgewässer vorliegen. Um diese Defizite durch die gemäß Wasserrechtsgesetz verpflichteten Gemeinden, Verbände und Unternehmen (insbesondere aus der Energiewirtschaft) möglichst rasch zu beseitigen, wurde 2008 mit einer Novelle zum Umweltförderungsgesetz (UFG) eine Anreizförderung geschaffen.

Die Dotation der Förderung Gewässerökologie erfolgt bis 2015 in Höhe von insgesamt 140 Mio. Euro aus dem Reinvermögen des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds (UWF). Mit 01.02.2009 wurden die entsprechenden Förderungsrichtlinien für kommunale Förderungswerber bzw. für Wettbewerbsteilnehmer durch den Umweltminister erlassen.

Von diesen 140 Mio. Euro stehen gemäß § 12 Abs 9 UFG maximal 20 Mio. Euro für die Umsetzung von ökologischen Maßnahmen innerhalb des prioritären Sanierungsraumes zur Verfügung, zu der der Bund als Konsensträger der hydromorphologischen Belastung verpflichtet ist.

Insgesamt wurden 2012 64 gewässerökologische Projekte mit einem umweltrelevanten Investitionsvolumen von 49,8 Mio. Euro und einem Förderungsbarwert von 20,6 Mio. Euro unterstützt. Der Großteil der Förderungen, in Summe 14,3 Mio. Euro, wurde dabei für Maßnahmen kommunaler Projektträger verwendet. Für Projekte von Wettbewerbsteilnehmern, im Wesentlichen Energieerzeugungsunternehmen, wurden Förderungen in Höhe von 4,8 Mio. Euro vergeben. Für Anlagen, bei denen der Bund Konsensträger ist, wurden 1,4 Mio. Euro an Förderungen zugesichert.

In Tabelle 5 ist die Verteilung der geförderten Projekte einerseits auf die Bundesländer als auch auf die einzelnen Förderungsbereiche (kommunale Projekte, Projekte von Wettbewerbsteilnehmern, Maßnahmen an Anlagen mit Bundeskonsens) ersichtlich.

Genehmigte Förderungsansuchen im Bereich Gewässerökologie

Gewässerökologie 2012			In EUR
Projekte von kommunalen Förderungswerbern	Anzahl	Umweltrelevantes Investitionsvolumen	Förderungsbarewert
Burgenland	3	2.810.000	1.686.000
Kärnten	1	9.800	2.940
Niederösterreich	15	13.759.847	7.672.127
Oberösterreich	11	5.301.000	3.180.600
Salzburg	1	202.800	121.680
Steiermark	1	204.000	122.400
Tirol	2	2.050.200	1.230.120
Wien	1	552.000	331.200
Summe kommunale Projekte	35	24.889.647	14.347.067
Projekte von Wettbewerbsteilnehmern			
Niederösterreich	9	17.232.252	3.522.571
Oberösterreich	12	5.493.786	1.156.191
Salzburg	1	100.000	30.000
Steiermark	2	673.455	141.091
Summe Wettbewerbsteilnehmer	24	23.499.493	4.849.853
Projekte Bundeskonsens			
Oberösterreich	2	369.496	369.496
Steiermark	2	558.000	558.000
Tirol	1	462.600	462.600
Summe Bundeskonsens	5	1.390.096	1.390.096
Gesamt			
Burgenland	3	2.810.000	1.686.000
Kärnten	1	9.800	2.940
Niederösterreich	24	30.992.099	11.194.698
Oberösterreich	25	11.164.282	4.706.287
Salzburg	2	302.800	151.680
Steiermark	5	1.435.455	821.491
Tirol	3	2.512.800	1.692.720
Wien	1	552.000	331.200
Summe	64	49.779.236	20.587.016

Quelle: Lebensministerium/Kommunikationskredit Public Consulting, 2013

Tabelle 5

Seit Einführung der Förderung für Gewässerökologie im Jahr 2009 konnten insgesamt 173 Projekte mit einem umweltrelevanten Investitionsvolumen von rund 98 Mio. Euro und einem Förderungsbarewert von 43,1 Mio. Euro genehmigt werden. Auch in der Gesamtbilanz laut Tabelle 6 zeigt sich, dass kommunale Projekte mit einem Förderungsbarewert von 30,1 Mio. Euro den überwiegenden Anteil darstellen.

Genehmigte Förderungsansuchen im Bereich Gewässerökologie zwischen 2009 und 2012

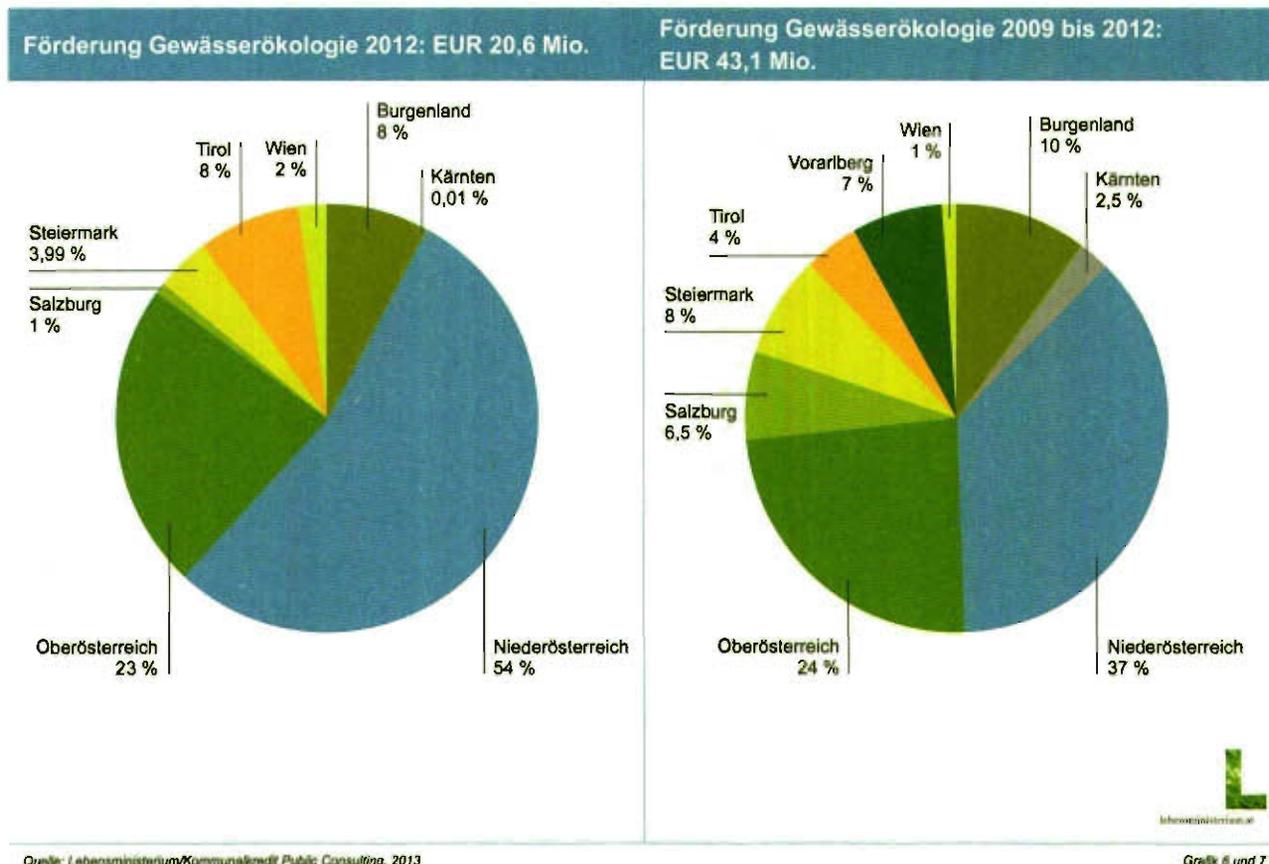
Gewässerökologie 2009 bis 2012			in EUR
Projekte von kommunalen Förderungswerbern	Anzahl	Umweltrelevantes Investitionsvolumen	Förderungsbarwert
Burgenland	10	6.666.031	3.999.619
Kärnten	1	9.800	2.940
Niederösterreich	30	20.969.763	11.578.090
Oberösterreich	25	12.532.720	7.519.632
Salzburg	6	3.489.523	2.093.714
Steiermark	3	396.610	237.966
Tirol	3	2.200.200	1.320.120
Vorarlberg	3	4.815.000	2.889.000
Wien	2	707.000	424.200
Summe kommunale Projekte	83	51.786.647	30.065.281
Projekte von Wettbewerbstellnehmern			
Kärnten	1	5.621.816	1.124.363
Niederösterreich	33	20.959.556	4.164.438
Oberösterreich	25	8.504.384	1.946.209
Salzburg	3	3.536.538	717.308
Steiermark	7	2.751.201	539.287
Tirol	1	42.690	12.807
Vorarlberg	1	343.018	68.604
Summe Wettbewerbstellnehmer	71	41.759.203	8.573.016
Projekte Bundeskonsens			
Burgenland	2	350.000	350.000
Niederösterreich	1	122.778	122.778
Oberösterreich	8	970.858	970.858
Steiermark	7	2.538.791	2.538.791
Tirol	1	462.600	462.600
Summe Bundeskonsens	19	4.445.027	4.445.027
Gesamt			
Burgenland	12	7.016.031	4.349.619
Kärnten	2	5.631.616	1.127.303
Niederösterreich	64	42.052.097	15.865.306
Oberösterreich	58	22.007.963	10.436.699
Salzburg	9	7.026.061	2.811.022
Steiermark	17	5.686.602	3.316.044
Tirol	5	2.705.490	1.795.527
Vorarlberg	4	5.158.018	2.957.604
Wien	2	707.000	424.200
Summe	173	97.990.877	43.083.324

Quelle: Lebensministerium/Kommunalkredit Public Consulting, 2013

Tabelle 6

Die prozentuelle Verteilung der zugesicherten Förderungen auf die Bundesländer im Bereich Gewässerökologie ist in den Grafiken 6 und 7 ersichtlich. Die meisten Förderungen flossen 2012 in die Bundesländer Niederösterreich und Oberösterreich. Betrachtet man die Periode 2009 bis 2012 wurden die meisten Förderungen ebenso an Projekte in Niederösterreich und Oberösterreich vergeben.

Zuordnung der Förderungsmittel für Gewässerökologie 2012 bzw. zwischen 2009 und 2012 nach Bundesländern



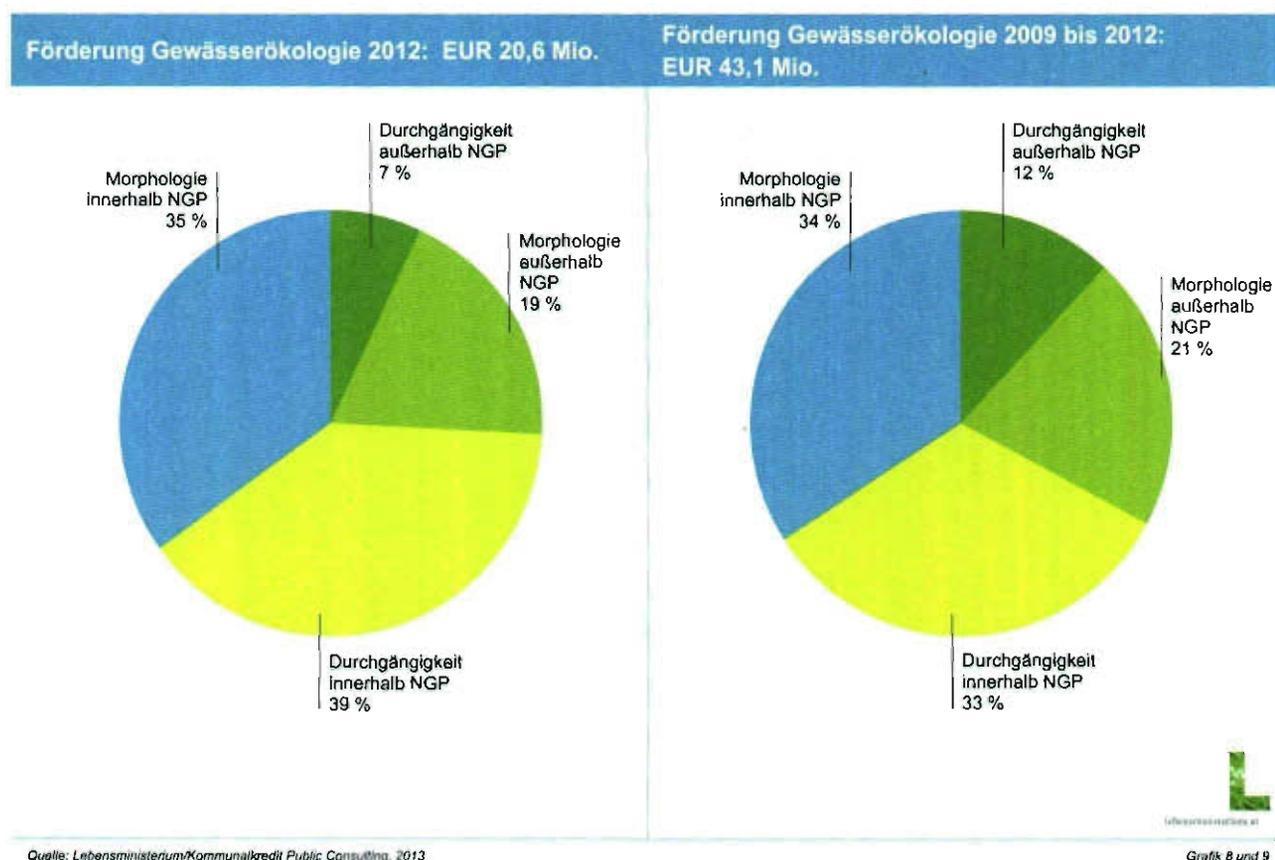
Die beiden Schwerpunkte der geförderten Maßnahmensetzung in der Gewässerökologie spiegeln die Prioritäten des ersten Nationalen Gewässerbewirtschaftungsplans (NGP) wider:

Dies sind einerseits Maßnahmen zur Verbesserung der Durchgängigkeit von Gewässern, hauptsächlich Fischaufstiegshilfen. Sie werden entweder als Raugerinne (Sohlrampe) oder als technische Fischwanderhilfe (vor allem Schlitzpass) ausgeführt. Die Zielsetzung besteht hier darin, bei Kontinuumsunterbrechungen durch Hochwasserschutz oder Wasserkraftnutzung die ausreichende Fisch- und Organismenpassierbarkeit zwischen Ober- und Unterwasser wiederherzustellen. Im Jahr 2012 wurden insgesamt 88 Querbauwerke durchgängig gemacht, davon beispielsweise in 21 Fällen durch technische Fischwanderhilfen und in weiteren 39 Fällen durch Umbau des Querbauwerkes zu einer aufgelösten Rampe. Die Summe der Höhen der insgesamt überwundenen Querbauwerke beträgt knapp 180 Meter.

Andererseits wurden Maßnahmen zur Restrukturierung morphologisch veränderter Fließgewässerstrecken umgesetzt. Dabei werden morphologische Beeinträchtigungen (z. B. begradigte Fließstrecken, befestigte Ufer) durch Renaturierungsmaßnahmen und Strukturverbesserungen weitestgehend beseitigt. Dies erfolgt beispielsweise durch Gerinneverbreiterungen, pendelndem Gerinneverlauf statt geradlinigem Trapezprofil, Wiederherstellung einer natürlichen Sohle bzw. eines natürlichen Sohlgefälles oder durch naturnahe Ufergestaltung. Im Jahr 2012 wurden durch Umsetzung der geförderten Maßnahmen in Summe rund 50 Flusskilometer hydromorphologisch verbessert und renaturiert.

Im NGP sind auch jene Gewässerabschnitte definiert, in denen bis 2015 vordringlich Maßnahmen gesetzt werden sollen. Projekte, die in diese prioritären Abschnitte fallen, werden bei Förderungsengpässen bevorzugt gereiht. Die Aufteilung der geförderten Maßnahmen nach inhaltlichen Schwerpunkten bzw. nach räumlicher Priorität gemäß dem NGP ist in den Grafiken 8 und 9 dargestellt.

Förderung Gewässerökologie 2012 bzw. zwischen 2009 und 2012



2.2. Schwerpunkte 2012 und aktuelle Entwicklungen

2.2.1. Investitionskostenerhebung Siedlungswasserwirtschaft

Im Frühjahr/Sommer 2012 organisierte die Kommunalkredit Public Consulting (KPC) im Auftrag des BMLFUW eine österreichweite Erhebung der geplanten Investitionskosten für die nächsten zehn Jahre. Die Gemeinden und Verbände hatten erstmals die Möglichkeit, die Investitionskostenerhebung online durchzuführen. Sie zeichneten sich durch ihr hohes Engagement bei der Bereitstellung der Daten aus, was sich in einem Rücklauf von 78 % von den Gemeinden, die wiederum 87 % der österreichischen Bevölkerung repräsentieren, widerspiegelte. Die gewonnenen Daten können daher als ausgesprochen repräsentativ angesehen werden. Grafik 10 zeigt den Gesamtbedarf im zeitlichen Verlauf über die Erhebungsperiode bis 2021. Demnach sinken die Investitionssummen von ca. 900 Mio. Euro in den Jahren 2013 und 2014 auf ein relativ konstantes Niveau von 600 Mio. Euro jährlich. Es zeigt sich auch, dass der Anteil der Sanierungen am Gesamtinvestitionsbedarf im Jahr 2015 erstmals größer als die geplanten Neubaumaßnahmen ist.

Geplante Investitionskosten in die österreichische Siedlungswasserwirtschaft untergliedert in Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sowie in Neuerrichtung und Sanierung



Quelle: Länderministerium/Kommunalkredit Public Consulting, 2013



Grafik 10

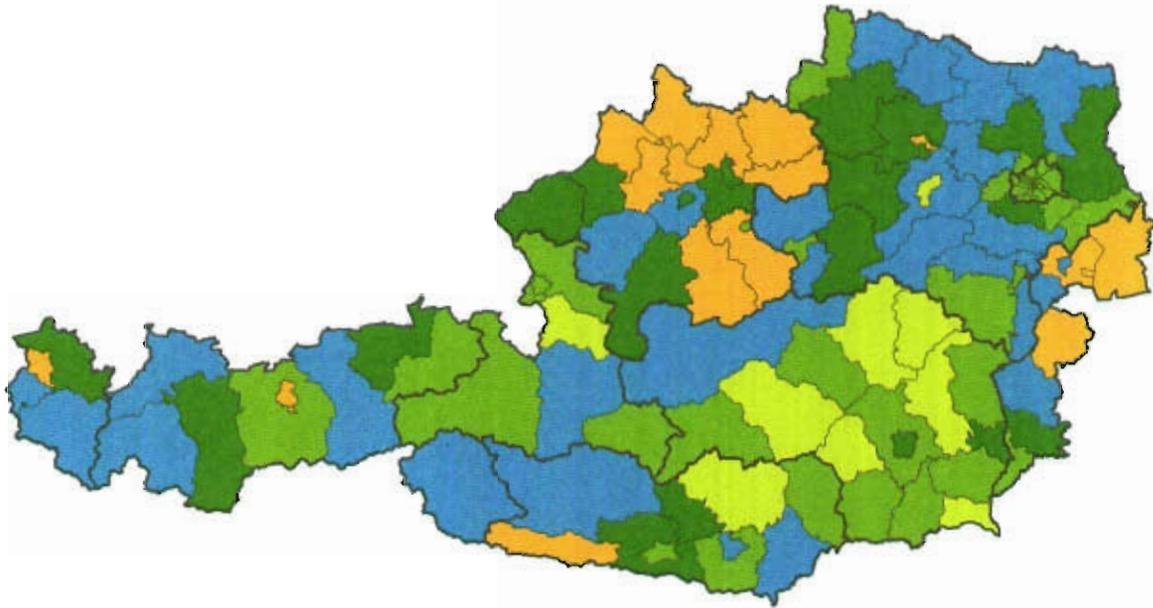
Grafik 11 zeigt die räumliche Verteilung der zukünftigen Investitionen. In vielen Bezirken besteht für den Neubau und die Sanierung ein Investitionsbedarf von über 1.100 Euro pro Person.

Bezirkswise Verteilung des Pro-Kopf-Investitionsbedarfes der nächsten zehn Jahre in die Siedlungswasserwirtschaft

Investitionskostenbedarf Siedlungswasserwirtschaft gesamt pro Einwohner und Bezirk

in EUR

< 500 501-800 801-1100 1101-1500 > 1500



Quelle: Lebensministerium/Kommunaikredit Public Consulting, 2013

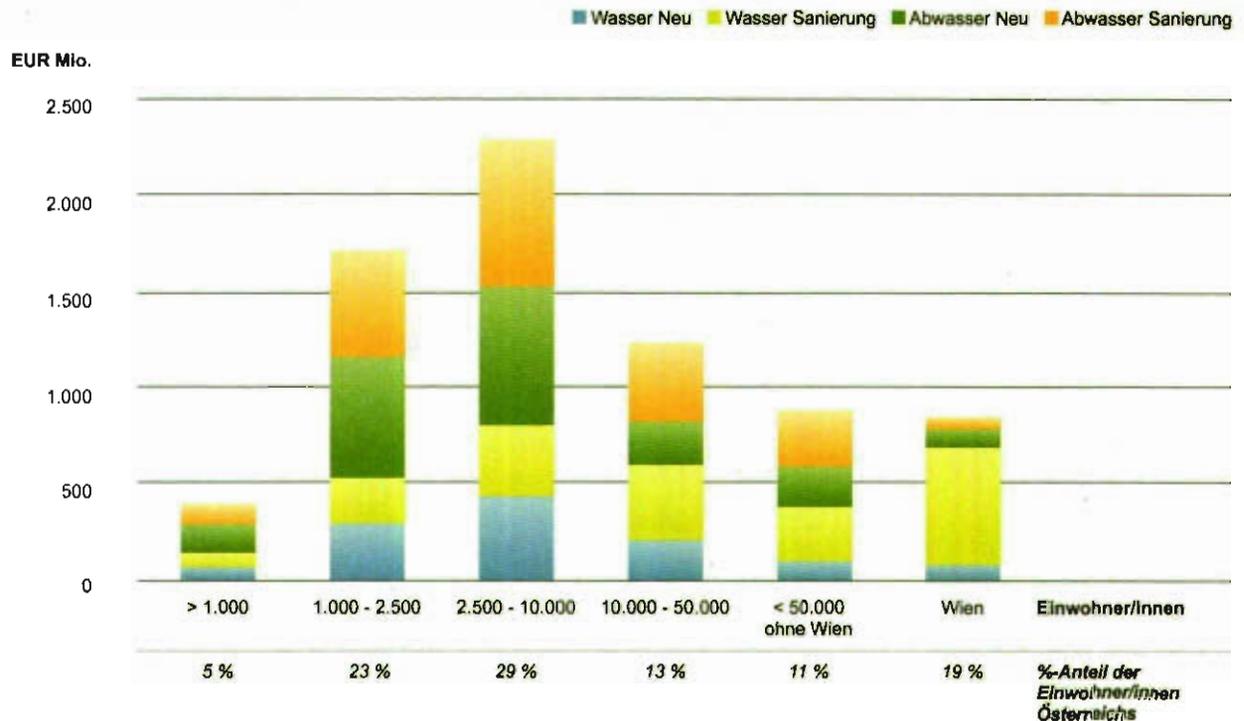
Grafik 11

Österreichs Gemeinden waren mit dem Ausbau der wasserbaulichen Infrastruktur im internationalen Vergleich an vorderster Front. Dies war und ist für ein Tourismusland (Stichwort Seenreinhaltung) auch von immenser wirtschaftlicher Bedeutung. Die Anlagen sind jedoch mittlerweile in die Jahre gekommen. So ist etwa ein Drittel aller Wasserleitungen Österreichs heute älter als 40 Jahre, bei den Kanälen haben etwa 13 % dieses Alter erreicht. Wenn man davon ausgeht, dass derartige Anlagen eine durchschnittliche Lebenserwartung von 50 Jahren haben, so wird rasch klar, dass auf die österreichischen Gemeinden umfangreiche Sanierungsmaßnahmen zukommen. Dies schlägt sich auch in den Ergebnissen der Investitionskostenerhebung nieder. So sind in Grafik 10 die hellblauen bzw. hellgrünen Anteile für Sanierungskosten bereits entsprechend hoch. Die vorausschauende Sanierungsplanung im Sinne eines nachhaltigen Asset Managements ist die zentrale Herausforderung der Betreiber für die Zukunft. Eine Vernachlässigung dieser Sanierungen würde zu einer Zunahme von Schadensfällen führen, die ungleich höhere Reparaturkosten nach sich ziehen würden; von der Gefährdung beispielsweise des Grundwassers durch undichte Kanäle ganz zu schweigen.

Nachdem sauberes Trinkwasser und eine umweltgerechte Abwasserentsorgung einen Bereich der grundsätzlichen Daseinsvorsorge betrifft, verwundert es auch nicht, dass alle Gemeinden davon betroffen sind (Grafik 12). Unterschiedlich ist freilich der Schwerpunkt für die kommenden Jahre. Steht in den kleineren Gemeinden noch einiges an Ersterschließungen an, so überwiegt im städtischen Bereich bereits der Sanierungsbedarf.

2 Wasserwirtschaft

Verteilung des Investitionsbedarfes der nächsten zehn Jahre in die Siedlungswasserwirtschaft in Abhängigkeit der Gemeindegröße



Quelle: Lebensministerium/Kommunalkredit Public Consulting, 2013

Graphik 12

2.2.2. Zukünftige Verfügbarkeit von Förderungsmitteln in der Siedlungswasserwirtschaft ab 2013

Mit der Novelle des Umweltförderungsgesetzes (UFG) vom 01.01.2011 wurde der Zusagerahmen für die Siedlungswasserwirtschaft reduziert. Für den Zeitraum 2010 bis 2013 stehen insgesamt 355 Mio. Euro zur Verfügung, wobei in den Jahren 2010 und 2011 maximal 130 Mio. Euro und 2012 maximal 95 Mio. Euro an Förderungen genehmigt werden können. Dieser maximale Zusagerahmen erhöht sich um die sogenannte Wiederausnutzung. Dabei können zugesagte oder durch Auftragserteilungen gebundene, jedoch nicht in Anspruch genommene Mittel neuerlich zugesagt werden. Die wiederausnutzbaren Mittel betragen mit Jahresende 2012 rund 14 Mio. Euro, die somit im Jahr 2013 neu zugesichert werden können. Darüber hinaus standen Ende 2012 keine weiteren Mittel zu Verfügung. Aufgrund dieser Tatsache besteht für das Jahr 2013 bereits ein erheblicher Förderungsrückstau, der zu Verzögerungen bei der Umsetzung der erforderlichen Bauvorhaben in der Siedlungswasserwirtschaft geführt hat.

2.2.3. Leitungskataster

Der erfreuliche Trend in der österreichischen Siedlungswasserwirtschaft in Richtung zeitgemäßem Asset-Management hielt auch 2012 an. Während in der Vergangenheit die Errichtung und der Ausbau der Netze im Vordergrund stand, ist in Zukunft vor allem dem Funktionserhalt der Anlagen und des damit geschaffenen Anlagenwertes verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen. Um über Umfang und Zustand der Anlagen einen guten Überblick zu gewinnen, ist der digitale Leitungskataster ein hilfreiches Instrument.

Ein digitaler Leitungskataster dokumentiert und visualisiert das vorhandene Leitungsnetz sowie zugehörige Bauwerke mit Angabe von Lage, Höhe, Dimension, Materialien, Baujahr, Bewilligungsbescheiden etc. Bei Störfällen, Bauarbeiten oder im Falle des Anschlusses weiterer Leitungen stehen „auf Knopfdruck“ alle notwendigen Informationen zur Verfügung. Auch laufende Wartungs- und Reparaturarbeiten (z. B. Spülungen) zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit oder sonstige für den Betrieb wichtige Informationen können im Kataster gespeichert werden. Zusammen mit der Kosten- und Leistungsrechnung bildet das Wissen um Größe und Zustand des Anlagevermögens auch eine wichtige Grundlage für die Gebührengestaltung.

Seit Einführung der Pauschalförderung für Leitungskataster im Jahr 2006 wurden bereits 1.993 Anträge für 53.972 Kilometer Leitungslänge – davon 23.658 Kilometer Kanal und 30.313 Kilometer für Wasserleitungen – genehmigt. Von den geschätzten 89.700 Kilometern Kanalbestand in Österreich sind somit etwa 26 % in Erfassung begriffen. Von den geschätzten 77.000 Kilometern Wasserleitungen sind es sogar schon 39 %.

Die Förderung erfolgt als Pauschalförderung im Ausmaß von zwei Euro pro digital erfasstem Laufmeter Wasserleitung oder Kanal und kann bis zu 50 % der betreffenden Firmenrechnungen für die Katastererstellung betragen.

Genehmigte bzw. endabgerechnete Leitungskataster 2006 bis 2012 nach Bundesländern

Leitungskataster 2006 bis 2012				
Bundesland	Kanalkataster Laufmeter	Wasserleitungskataster Laufmeter	Kataster gesamt Laufmeter	In %
Burgenland	867.063	3.886.052	4.753.115	8,8
Kärnten	922.243	1.422.936	2.345.179	4,3
Niederösterreich	6.112.337	7.727.848	13.840.185	25,6
Oberösterreich	6.778.226	3.894.545	10.672.771	19,8
Salzburg	1.933.282	1.087.104	3.020.386	5,6
Steiermark	5.060.294	5.818.756	10.879.050	20,2
Tirol	744.232	916.802	1.661.034	3,1
Vorarlberg	1.189.236	1.389.062	2.578.298	4,8
Wien	51.575	4.170.058	4.221.633	7,8
Summe	23.658.488	30.313.163	53.971.651	100
Summe umweltrelevantes Investitionsvolumen	116.245.662	59.641.683	175.887.345	in EUR
Summe Förderungsbarwert	40.708.326	31.610.448	72.318.774	in EUR

Quelle: Lebensministerium/Kommunalkredit Public Consulting, 2013

Tabelle 7

Mit der Erstellung des Leitungskatasters ist ein großer Schritt zur nachhaltigen Bewirtschaftung und Werterhaltung des Anlagevermögens getan. Der Leitungskataster erfordert wie jede Datenbank eine laufende und konsequente Aktualisierung, aber auch eine hard- und softwaremäßige Wartung. Um den Leitungskataster mittel- und langfristige optimal und wirtschaftlich sinnvoll einzusetzen, ist es notwendig, die benötigten finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Der vielfältige Nutzen eines digitalen, auf die Bedürfnisse seines Betreibers maßgeschneiderten Leitungskatasters übersteigt mittelfristig jedoch bei weitem die anfallenden Kosten.

2.2.4. Betriebliche Abwassermaßnahmen

Die Förderung von betrieblichen Abwassermaßnahmen soll bewirken, dass nicht vermeidbare Produktionsabwässer weitestgehend betriebsintern verwertet und gereinigt sowie unvermeidbare, produktionsspezifische Abwasserinhaltsstoffe möglichst am Ort der Entstehung oder des Einsatzes zurückgehalten werden. Die Projekte verteilen sich auf die Anlagenkategorien wie folgt, drei der Projekte wurden von Großunternehmen und drei Projekte von KMUs zur Förderung eingereicht:

Betriebliche Abwassermaßnahmen 2012			in EUR
Projektkategorie	Anzahl	Umweltrelevantes Investitionsvolumen	Förderungsbarwert
Abwasserbehandlungsanlage	5	5.224.260	1.089.091
Innerbetriebliche Maßnahme	1	1.157.068	239.860
Summe	6	6.381.328	1.328.951

Quelle: Lebensministerium/Kommunikations Public Consulting, 2013 Tabelle 8

2.2.5. Forschungsförderung und Aufträge

Im Rahmen des Förderungsbudgets für die Wasserwirtschaft können gemäß § 21 und § 12 Abs. 8 UFG Mittel für Forschung und Entwicklung sowie zu Studienzwecken zur Verfügung gestellt werden. Diese Gelder sollen vor allem zur Entwicklung kostenoptimaler Problemlösungen beitragen. Im Jahr 2012 wurden zwölf Forschungsprojekte genehmigt, wobei zwei dem Bereich Trinkwasserversorgung und fünf dem Bereich Abwasserentsorgung zuzuordnen sind. Zusätzlich wurden fünf Aufträge nach § 12 Abs. 8 UFG vergeben.

2.3. Beispiele geförderter Projekte 2012

2.3.1. Siedlungswasserbau: Reinhaltverband Salzburger Ennstal (Salzburg)

Der Reinhaltverband Salzburger Ennstal realisiert derzeit die 4. Ausbaustufe der im Jahr 1974 erstmals wasserrechtlich bewilligten Kläranlage. Nach umfangreichen Untersuchungen der zukünftig, auch aus dem Tourismus, zu erwartenden Abwasserbelastung, wurde die Ausbaugröße der Kläranlage mit 125.000 Einwohnerwerten festgelegt. Das Lösungskonzept stammt aus einem europaweiten Planungswettbewerb und sieht eine Belebungsanlage mit vorgeschalteter Denitrifikation unter weitgehender Berücksichtigung der bestehenden Anlagenteile vor. Zusätzlich wird die anaerobe Schlammstabilisierung (Faulbehälter) erweitert und angepasst. Das entstehende Biogas wird zur Strom- und Wärmeproduktion verwendet.

Die baulichen Maßnahmen zur Erweiterung und Anpassung an den Stand der Technik sollen im Jahr 2015 abgeschlossen werden.



Betonierarbeiten am Belebungsbecken

2.3.2. Gewässerökologie: Pielach Wasserverband (Niederösterreich)

Mit dem Ziel der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie soll für die prioritären Gewässer laut Nationalem Gewässerbewirtschaftungsplan (NGP) bis 2015 der „Gute Zustand“ wiederhergestellt werden. Dementsprechend wurde auch ein Projekt des Pielach Wasserverbandes zur Neugestaltung der Pielach-Mündung in Form eines Mündungsdeltas mit verzweigtem Nebenarm realisiert.

Die Pielach ist der wichtigste Laichzubringer der Donau-Strecke „Wachau“ und hat dadurch übergeordnete Bedeutung für den Fischbestand der Donau. Alljährlich wandern beispielsweise Nasen, Barben und Huchen zum Laichen in die Pielach. Die Pielach ist einer der letzten Flüsse Österreichs, in denen der Huchen heimisch ist. Im Zuge der Errichtung des Kraftwerks Melk wurde die Donausohle im Bereich des Unterwassers ausgetieft. Daher musste an der Pielach-Mündung eine Rampe errichtet werden, über die der Anschluss Pielach-Donau wieder hergestellt wird. Die Pielach-Mündung besitzt keine flusstypische Ausprägung in Form von dynamischen Kiesbänken und Aufzweigungen des Gewässerlaufs. Die Sedimente der Pielach lagern sich erst im neuen Donauflussbett in Form von Kiesbänken an. Bei niedriger Wasserführung der Donau war die Pielach-Mündung bisher nur eingeschränkt fischpassierbar, wobei der „Lateiner“-Altarm für Fische der Donau ganzjährig nicht erreichbar war.

Im Rahmen des EU-geförderten LIFE+ Projekts „Mostviertel-Wachau“ wird die Pielach-Mündung ökologisch umgestaltet und eine Anbindung des „Lateiner“-Altarms geschaffen. Diese Maßnahmen tragen insbesondere zur Verbesserung der Lebensräume und zum Schutz gefährdeter Tierarten bei. Überdies wird ein bedeutender Beitrag zur Erhaltung und Verbesserung der Lebensräume im Gebiet „NÖ Alpenvorlandflüsse“ gesetzt und damit ein Baustein bei der Umsetzung von Natura 2000 und der EU-Wasserrahmenrichtlinie gelegt.

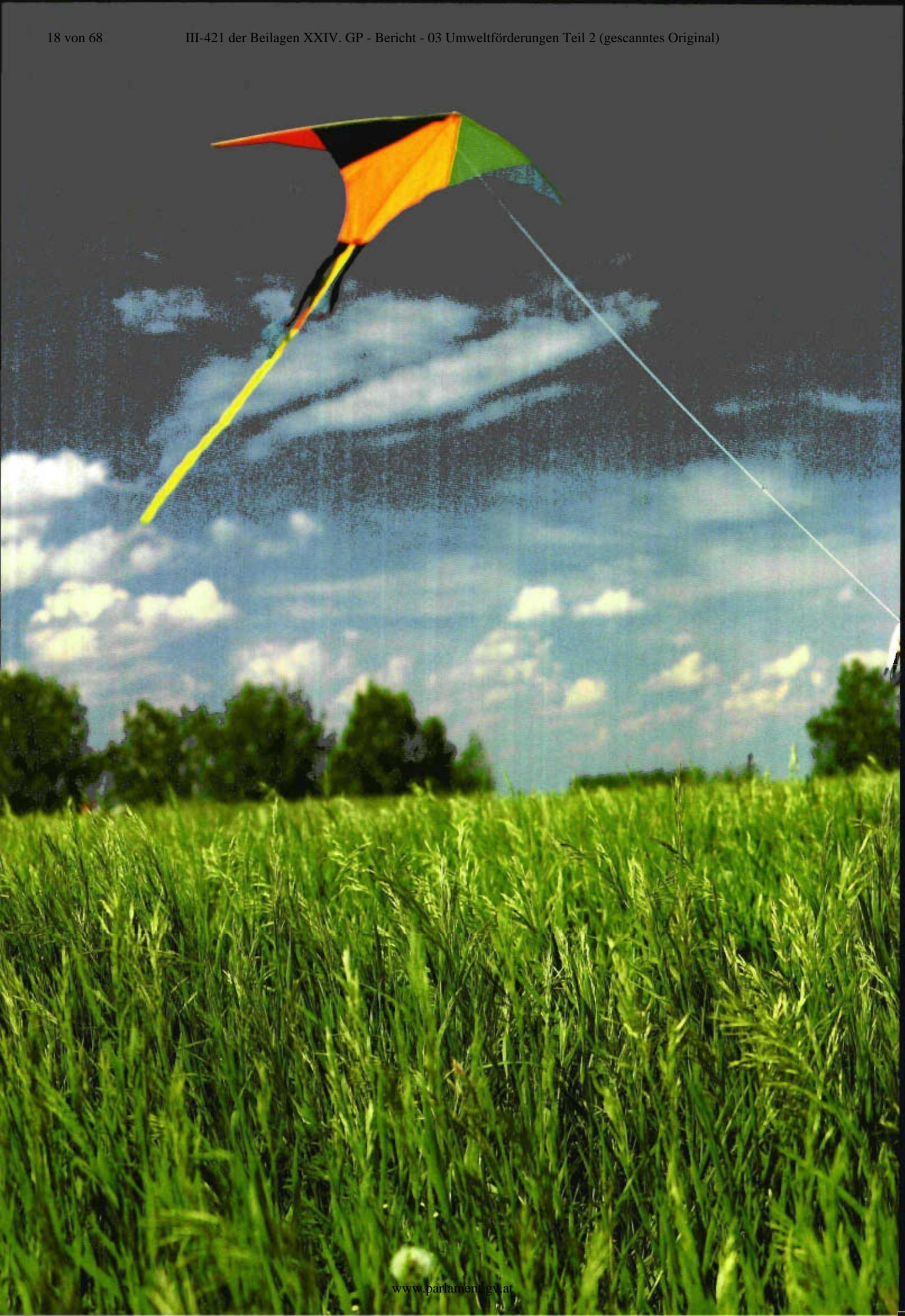
2.3.3. Betriebliche Abwassermaßnahme: Schlachtbetrieb Titz (Steiermark)

Die Firma Titz führt einen Schlachtbetrieb in der Südoststeiermark, der auf die Schlachtung und Zerlegung von Geflügel spezialisiert ist. Aufgrund einer Produktionsausweitung wird auch die betriebliche Abwasserreinigungsanlage erweitert. Die Verbesserung der Kläranlagenkapazität und der Reinigungsleistung erfolgt in Form einer Umrüstung der bestehenden Abwasserreinigungsanlage (Biologie im Auftstaubetrieb).

Im Wesentlichen werden folgende Maßnahmen umgesetzt: Umbau der Flotationsanlage auf eine physikalisch-chemische Entspannungsflotation sowie der biologischen Stufe auf ein Durchlaufverfahren mit Denitrifikation, die Errichtung einer nachgeschalteten Schlamm-trennung und -eindickung (Schlammflotationsanlage), eines Sandfilters und einer Fällmittelstation sowie die Umrüstung der Schlammwässerung.



Diese Maßnahmen erfordern auch eine Erweiterung des Betriebsgebäudes und eine Anpassung der EMSR-Ausrüstung. Der Umbau erfolgt im laufenden Betrieb. Maßgebend für die Gewährung der Förderung ist die Unterschreitung der gesetzlichen Grenzwerte für gefährliche Abwasserinhaltsstoffe um mehr als 50 %. Dies führt unter anderem zu dauerhaft niedrigeren Ablaufkonzentrationen, z. B. für die Parameter AOX, Chlor, Phosphor oder Ammonium, und bewirkt eine Entlastung des Vorfluters Raab. Die Maßnahmen werden mit 35 % der Investitionskosten, entsprechend dem KMU-Förderungssatz, gefördert.



3

UMWELTFÖRDERUNG
IM IN- UND AUSLAND

3 Umweltförderung im In- und Ausland

3.1. Facts & Figures

3.1.1. Umweltförderung im In- und Ausland im Jahr 2012

2012 fanden vier Sitzungen der Kommission in Angelegenheiten der Umweltförderung im In- und Ausland unter dem Vorsitz von Landesrat Johann Seitingner (Steiermark) und seinem Stellvertreter Dr. Wolfram Tertschnig (BMLFUW) statt. Darüber hinaus wurden für kleine Projekte drei Umlaufbeschlüsse zur Entscheidung über Förderungsanträge durchgeführt. 8 % der Förderungsmittel (843 Projekte) wurden per Umlaufbeschluss vergeben. Die betroffenen Förderungswerber profitierten durch die raschere Entscheidung und erhielten ihren Förderungsvertrag etwa drei Monate früher. Weiters beschäftigten sich zwei Arbeitsgruppen der Kommission mit der Planung und Gestaltung der Sanierungsoffensive 2013 sowie der Weiterentwicklung des Förderungsangebots.

Im Rahmen der Umweltförderung im In- und Ausland wurden 2012 Förderungen für 2.316 **Investitionsprojekte** mit einem Förderungsbarwert von 76,7 Mio. Euro und einem umweltrelevanten Investitionsvolumen von 587,2 Mio. Euro durch den Umweltminister genehmigt. Der zugesicherte Förderungsbarwert ist aufgrund einer Reduktion des Zusagerahmens im Vergleich zum Vorjahr damit um 7 % geringer, das umweltrelevante Investitionsvolumen für die genehmigten Projekte hat sich hingegen im selben Zeitraum um 2,2 % erhöht. Betrachtet man die Anzahl der Investitionsprojekte im Vergleich zu 2011, ist ein Anstieg an Genehmigungen von 1,9 % festzustellen. Der durchschnittliche Förderungssatz bezogen auf die eingesetzten Bundesmittel über alle Anlagenarten lag 2012 bei rund 13,1 %. Im Jahr 2011 lag dieser Wert noch bei 14,4 % und 2010 bei 15 %. Dies ist auf die Bestrebungen zur weiteren Anhebung der Förderungseffizienz sowie die durchgeführten Anpassungen im Rahmen des Übergangs zu den Förderungsrichtlinien 2009 zurückzuführen. Darüber hinaus kommt es durch den wachsenden Anteil an EU-Kofinanzierungen ebenfalls zu einer Reduktion der Förderungsintensität des Bundes.

Etwa 6 % der 2012 geförderten Projekte wiesen einen Förderungsbedarf von mehr als 100.000 Euro auf. Dieser Anteil an großvolumigen Projekten entspricht dem Niveau des Vorjahres, was auf die im Grundsatz unveränderte Projektstruktur für das Förderungsinstrument hindeutet und in den im Wesentlichen unveränderten Förderungsbestimmungen, Förderungsintensitäten und Förderungsbegrenzungen begründet ist.

Seit dem Jahr 2011 werden der Kommission neben Investitionsprojekten auch **Beratungen**, die im Rahmen der Regionalprogramme der Bundesländer durchgeführt und aus Mitteln der Umweltförderung kofinanziert werden, vorgelegt (siehe Kapitel 3.3.2). Die Anzahl der geförderten Beratungen ging, verglichen mit dem Vorjahr, leicht von 1.580 auf 1.457 zurück.

1.929 Projekte mit einem Förderungsbarwert von 19,6 Mio. Euro, das sind rund 83 % der genehmigten Förderungen, wurden im Jahr 2012 als „de-minimis“-Förderung vergeben.

Mit 66,3 Mio. Euro wurden rund 86 % der Förderungsmittel für **klimarelevante Projekte** verwendet. Diese Reduktion um etwa 10 % gegenüber dem Vorjahr lässt sich auf eine Zunahme von Förderungsprojekten mit höheren Investitionsvolumina im Bereich der Luftreinhalte- und Abfallmaßnahmen zurückführen.

In den Vorjahren wurden die meisten Projekte im Bereich der **erneuerbaren Energieträger** gefördert. 2012 wurden erstmals mehr Energieeffizienzprojekte gefördert. 2011 wurden 1.234 Projekte im Bereich der erneuerbaren Energieträger genehmigt, im Gegensatz dazu im Bereich der effizienten Energienutzung 964 Projekte. Im Jahr 2012 lagen diese Werte bei den erneuerbaren Energieträgern bei 1.125 Projekten (48,6 %) beziehungsweise bei der effizienten Energienutzung bei 1.141 (49,3 %). Diese Entwicklung unterstreicht die Bedeutung der Umweltförderung im Inland als das zentrale Anreizinstrument des Bundes für die Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen in österreichischen Betrieben. Die zugesagte Förderungssumme ist mit 37,9 Mio. Euro oder 49,4 % der zugesicherten Mittel bei den erneuerbaren Energieträgern aber nach wie vor höher als bei der effizienten Energienutzung mit 25,9 Mio. Euro oder 33,7 %.

Über alle Förderungen gesehen sind die *Biomasse-Einzelanlagen* mit einer Stückzahl von 538 wieder Spitzenreiter. Die *Biomasse-Mikronetze* verzeichneten nach einem starken Anstieg von 81 Projekten im Jahr 2010 auf 148 Projekte im Jahr 2011, im Jahr 2012 wieder einen Rückgang auf 105 Projekte. Dies kann darauf zurückgeführt werden, dass seit 2012 im Rahmen dieser Förderung nur mehr Mikronetze zur Eigenversorgung im Rahmen der Holzheizungsförderung unterstützt werden. All jene Anlagen, die der Fremdversorgung dienen, fallen in den Förderungsbereich der Biomasse-Nahwärme.

Weiterhin auf sehr hohem Niveau liegt die Nachfrage bei *Biomasse-Nahwärme- und Wärmeverteilungs-Projekten*. Die Anzahl der geförderten Projekte ist mit 208 verglichen mit dem Vorjahr (236 Projekte) etwas geringer. Trotzdem floss mit 21,2 Mio. Euro ein erheblicher Anteil der Förderungsmittel (28 %) in diese beiden Förderungsbereiche. Diese bewirken gemeinsam mit der Förderung für Biomasse-KWK zu jeweils etwa gleich großen Anteilen 62 % der gesamten CO₂-Reduktion in Tonnen bezogen auf die Nutzungsdauer.

Im Rahmen der im Mai 2011 eingeführten Förderungsmöglichkeit für den *Austausch von Kesselanlagen in Biomasse-Nahwärmenetzen* wurden 2012 zwei Projekte gefördert.

Im Bereich der **effizienten Energienutzung** verzeichnete die Förderungsaktion für die Umstellung auf *LED-Beleuchtungssysteme* die größten Zuwächse bei den Antragstellungen. Gegenüber 42 Projekten und einer Förderungshöhe von insgesamt 63.183 Euro im Jahr 2011, stieg die Anzahl der Zusicherungen 2012 auf 180 Projekte und auf eine Förderungshöhe von insgesamt 353.824 Euro. Die ursprünglich mit 31.12.2012 befristete Förderungsaktion wurde daher in der letzten Kommissionssitzung des Jahres 2012 in einen unbefristeten Förderungsschwerpunkt umgewandelt.

Die Förderungsaktion für die Umstellung auf *Energieeffiziente Antriebe* ist aufgrund der verhaltenen Nachfrage mit Ende 2012 ausgelaufen. Im Jahr 2012 wurden acht Projekte im Rahmen dieser Aktion gefördert.

3 Umweltförderung im In- und Ausland

Im Bereich der *Betrieblichen Energiesparmaßnahmen* kam es im Vergleich zum Vorjahr zu einem Anstieg um 18 % auf insgesamt 457 Projekte. Der Förderungsbarwert ging gleichzeitig von 18 Mio. Euro auf 14,6 Mio. Euro zurück, was auf eine Veränderung der Projektstruktur hin zu kleineren Energiesparmaßnahmen hindeutet.

Ebenfalls zurückgegangen sind die Förderungszusicherungen für Projekte aus dem Bereich *Anschluss an Fernwärme*. Im Jahr 2011 wurden Förderungen in Höhe von insgesamt 1,60 Mio. Euro für 296 Projekte vergeben, im Jahr 2012 hingegen 0,95 Mio. Euro für 242 Projekte, was einen Rückgang der Förderungsmittel um 41 % bedeutet.

Wie auch in den vergangenen Jahren wurde der Großteil der Projekte zur **thermischen Sanierung von betrieblich genutzten Gebäuden** – insgesamt 446 mit einem Förderungsbarwert von 18,36 Mio. Euro – aus dem Budget der Sanierungsoffensive 2012 gefördert (siehe Kapitel 3.2). Weitere 54 Projekte von Förderungswerbern, die nicht der Sanierungsoffensive zuzuordnen waren, erhielten sieben Mio. Euro aus den Mitteln der Umweltförderung im Inland (UFI).

Im Förderungsschwerpunkt **Ressourcenmanagement** wurden im Berichtsjahr drei Projekte mit einem Förderungsbarwert von 705.910 Euro genehmigt.

Die **durchschnittliche Förderungshöhe** aller genehmigten Projekte lag 2012 bei rund 33.100 Euro an Bundesmitteln. Das bedeutet einen leichten Rückgang gegenüber den Vorjahren. Je nach Förderungsschwerpunkt variiert der durchschnittliche Förderungsbarwert beträchtlich. **W**ährend bei der Umstellung auf LED-Systeme der Wert bei rund 2.000 Euro liegt, beträgt der durchschnittliche **F**örderungsbarwert bei Biomasse-Nahwärme-Projekten etwa 110.000 Euro.

In Bezug auf die **Anzahl der Neuanträge** setzte sich auch 2012 der leicht steigende Trend aus dem Vorjahr fort, die Antragszahlen stiegen gegenüber 2012 von 3.413 um ca. 3 % auf 3.511.

Zuordnung der Umweltförderung im In- und Ausland nach Bereichen 2012

Umweltförderung im In- und Ausland 2012					
	Anzahl	Umweltrelevantes Investitionsvolumen in EUR	Förderungsbarwert in EUR	CO ₂ -Reduktion in Tonnen pro Jahr	CO ₂ -Reduktion in Tonnen bezogen auf die Nutzungsdauer
Erneuerbare Energieträger					
Biomasse-Einzelanlagen	538	21.541.951	4.465.647	26.899	537.970
Biomasse-Mikronetze	105	16.655.097	3.652.556	8.986	179.720
Biomasse-Nahwärme	129	117.482.737	13.943.211	69.960	1.399.205
Biomasse-KWK	3	17.283.050	3.757.228	101.201	1.518.016
Kesseltausch	2	1.052.714	59.422	53	1.065
Wärmeverteilung	79	46.223.898	7.285.913	44.806	1.344.177
Solaranlagen	238	4.941.257	748.520	1.540	23.093
Geothermienutzung	2	1.715.000	308.894	1.390	41.693
Herstellung biogener Brenn- und Treibstoffe	2	15.341.000	2.166.245	38.459	576.891
Stromproduzierende Anlagen	25	1.976.179	618.626	219	3.282
Energiegewinnung aus biogenen Abfällen	2	3.170.815	854.598	2.606	39.087
Effiziente Energienutzung					
Erdgas-KWK	13	5.479.704	764.800	2.920	43.801
Anschluss an Fernwärme	242	6.209.045	953.156	13.508	202.615
Wärmepumpen	129	6.944.071	707.891	4.424	52.825
Betriebliche Energiesparmaßnahmen	457	80.405.954	14.561.877	59.646	596.457
Umstellung auf LED-Systeme	180	3.356.529	353.824	2.425	24.247
Energieeffiziente Antriebe	8	125.158	23.449	365	3.646
Themische Gebäudesanierung	54	42.984.879	7.028.636	5.707	171.196
Neubau in Niedrigenergiebauweise	36	108.918.379	711.902	1.080	32.391
Klimatisierung und Kühlung	22	3.954.877	750.928	1.307	13.067
Mobilitätsmaßnahmen					
Betriebliche Mobilitätsmaßnahmen	6	15.856.880	1.316.509	2.078	20.782
Klimarelevante Gase					
Sonstige klimarelevante Maßnahmen	3	2.720.755	540.298	2.091	20.910
Ressourceneffizienz					
Nachwachsende Rohstoffe	1	100.200	30.060	30	0
Ressourcenmanagement	3	4.691.340	705.910	1.347	0
Luftverbessernde Maßnahmen					
Prioritäre Luftmaßnahmen	2	8.696.951	2.046.305	0	0
Sekundäre Luftmaßnahmen	15	34.856.309	4.759.822	0	0
Reduktion von Staubemissionen	1	1.398.991	206.831	266	0
Partikelfilter-Nachrüstung	4	83.824	21.197	0	0
Gefährliche Abfälle					
Abfallmaßnahme primär	2	691.446	172.872	0	0
Abfallmaßnahmen sekundär	5	4.441.507	644.876	0	0
Lärmschutz					
Lärmschutzmaßnahme	1	94.738	9.474	0	0
Forschung und Demonstrationsanlagen					
Demonstrationsanlagen	7	7.806.862	2.507.688	7.634	0
Summe erneuerbarer Energieträger	1.125	247.383.698	37.860.659	296.118	5.664.196
Summe klimarelevante Förderungen	2.279	529.131.469	66.309.899	393.045	6.846.135
Summe Investitionsförderungen	2.316	587.202.097	76.678.964	400.945	6.846.135
Beratungsförderungen im Rahmen der Regionalprogramme*	1.457	4.442.741	966.615	-	-
Summe Umweltförderung im In- und Ausland	3.773	591.644.838	77.645.579	400.945	6.846.135

Quelle: Lebensministerium/Kommunikations Public Consulting, 2013

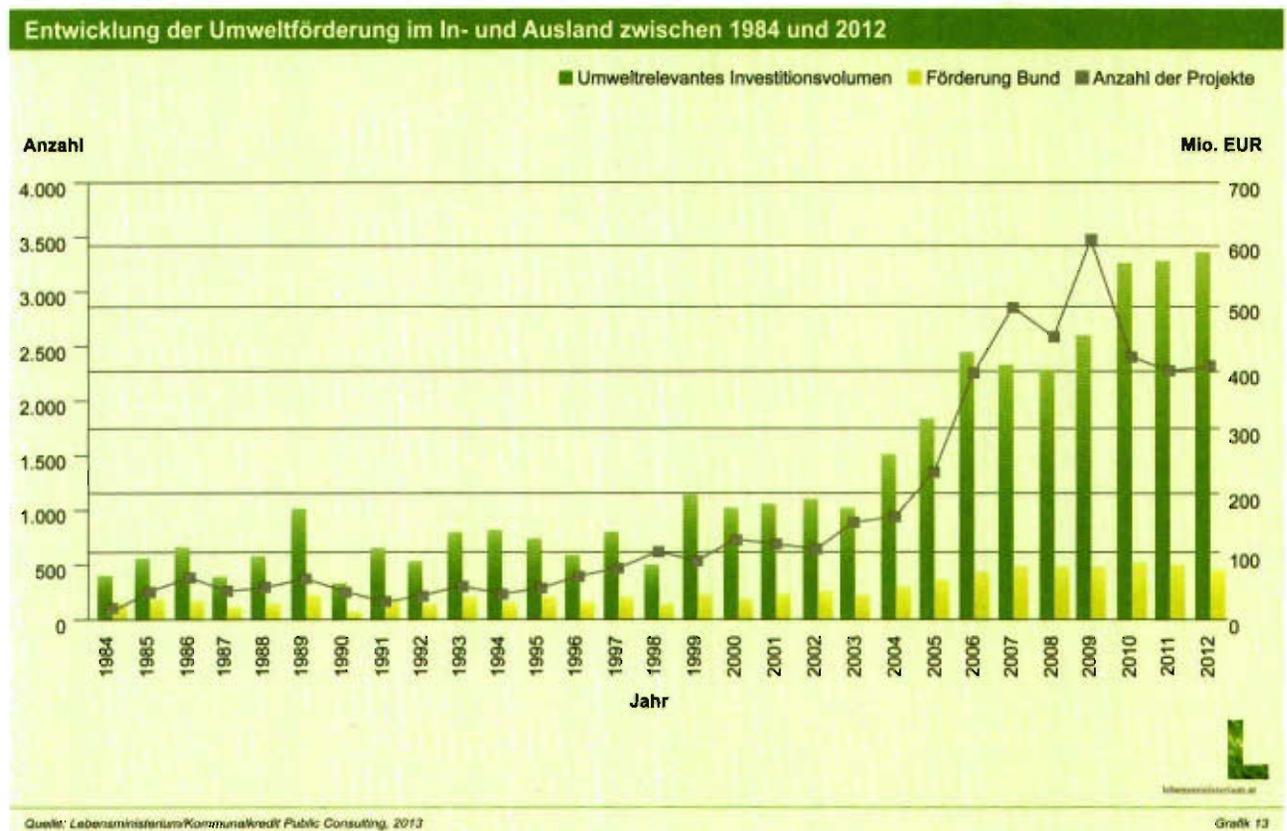
Tabelle 9

* siehe Kapitel 3.3.2.

3 Umweltförderung im In- und Ausland

Der **Zusagerahmen** und damit auch der **Förderungsbarwert** in der Umweltförderung im In- und Ausland ist bis zum Jahr 2007 gestiegen und bis zum Jahr 2011 blieb er auf konstanter Höhe von 90,2 Mio. Euro (Grafik 13). Im Jahr 2012 wurde der Zusagerahmen aufgrund der budgetären Rahmenbedingungen um fünf Mio. Euro reduziert. Der dadurch verfügbare Zusagerahmen in Höhe von 85,2 Mio. Euro wurde durch die **Förderung** der in Tabelle 9 dargestellten Inlandsprojekte sowie durch Beauftragungen vollkommen ausgeschöpft. Obwohl die Anzahl der geförderten Projekte verglichen mit den Vorjahren leicht gesunken ist, stieg das durch die Förderung ausgelöste Investitionsvolumen leicht an.

Ende 2012 lagen der Kommunalkredit Public Consulting (KPC) ca. 1.100 Projekte mit einem Förderungsbedarf von ca. 90 Mio. Euro vor. Dieser Wert liegt über jenem des Vorjahres (rund 80 Mio. Euro). Mangels verfügbarem Zusagerahmen konnten 170 fertig beurteilte Projekte mit einem Förderungsbedarf von 36 Mio. Euro 2012 nicht mehr zugesichert werden und mussten in das Jahr 2013 verschoben werden.



3.1.2. Umweltförderung im In- und Ausland 1993 bis 2012

Im Zeitraum 1993 bis 2012 wurde vom Umweltminister die Förderung von 27.697 Projekten mit einem Förderungsbarwert von 1.013 Mio. Euro genehmigt. Das dadurch ausgelöste umweltrelevante Investitionsvolumen beträgt rund 5.704 Mio. Euro.

Aus der Verteilung auf die Bereiche in Tabelle 10 ist ersichtlich, dass 78 % der gewährten Förderungsmittel in diesem Zeitraum auf Klimaschutzprojekte entfallen. 2012 liegt dieser Wert bei 86 %. Insgesamt entfallen 53 % der gesamten zwischen 1993 und 2012 vergebenen Förderungen auf den Bereich der erneuerbaren Energieträger.

Im Zeitraum 1993 bis 2012 flossen 5 % der gesamten Förderungsmittel in die Umweltförderung im Ausland (UFA), wobei 2012 die letzten vorliegenden Projekte von der Umweltförderungskommission behandelt und zur Ablehnung empfohlen wurden.

Zuordnung der Umweltförderung im In- und Ausland nach Bereichen zwischen 1993 und 2012

UFI und UFA 1993 bis 2012			in EUR
Bereich	Anzahl	Umweltrelevantes Investitionsvolumen	Förderungsbarwert
Erneuerbare Energieträger	15.499	2.834.832.549	536.878.189
Energie aus biogenen Abfällen	27	133.562.956	15.608.066
Effiziente Energienutzung	7.685	1.211.116.656	193.510.861
Mobilitätsmaßnahmen	149	75.173.337	10.083.235
Klimarelevante Gase	90	233.419.014	30.040.091
Luftverbessernde Maßnahmen	667	616.158.523	121.242.586
Abfallvermeidung	93	167.322.395	37.927.293
Lärmschutzmaßnahmen	22	11.686.382	1.505.042
Ressourceneffizienz	14	8.287.090	1.333.860
Forschung und Demonstrationsanlagen	30	23.493.167	5.961.085
Ökoaudit und Studien	301	24.926.615	7.503.206
Summe klimarelevante Förderungen	23.450	4.488.104.512	786.120.442
Summe Inlandsförderung	24.577	5.339.978.684	961.593.514
Summe Auslandsförderung	164	355.186.045	49.769.451
Beratungsförderungen (Regionalprogramme)	2.956	8.947.512	2.090.745
Summe Umweltförderung im In- und Ausland	27.697	5.704.112.240	1.013.453.710

Quelle: Lebensministerium/Kommunalkredit Public Consulting, 2013

Tabelle 10

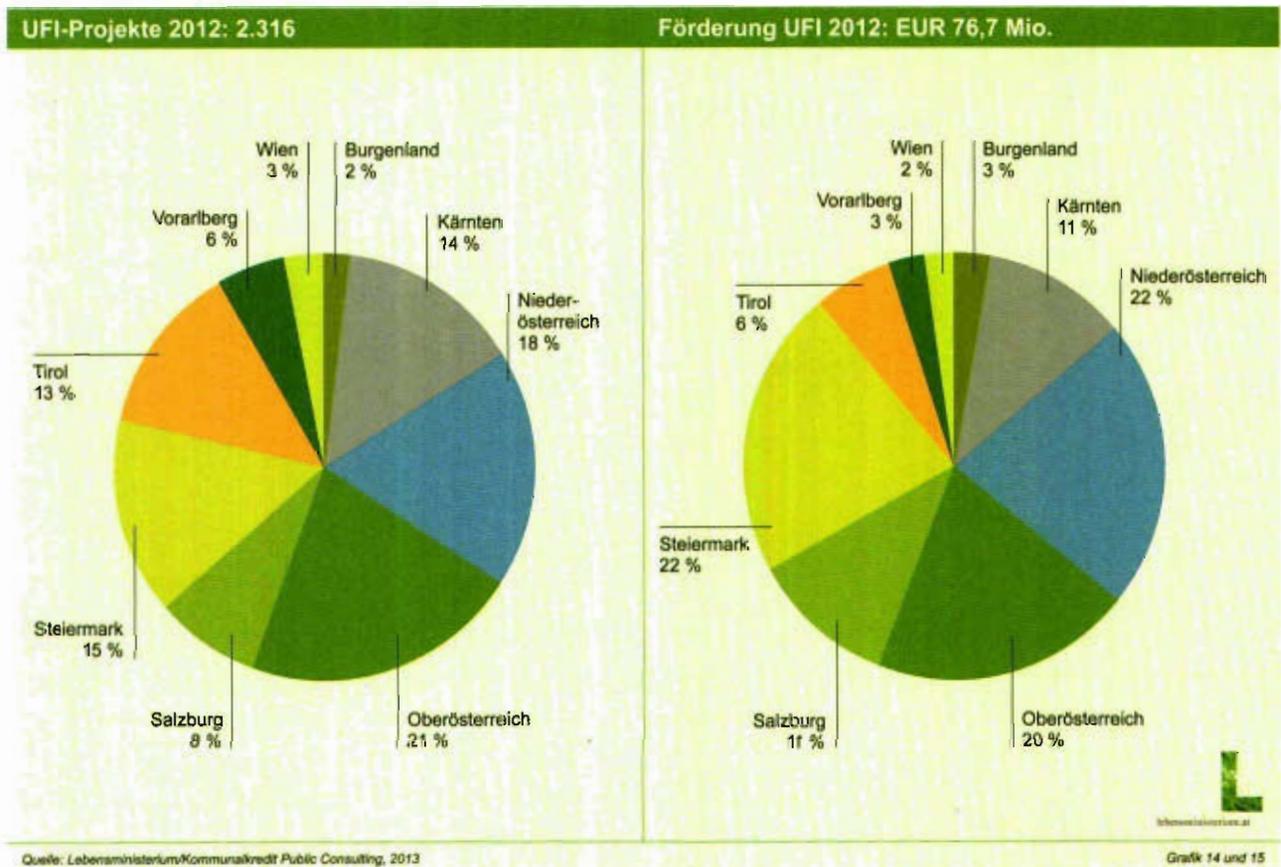
3 Umweltförderung im In- und Ausland

3.1.3. Verteilung der Förderungsmittel

Die Bundesländerverteilung der genehmigten Projekte ist mit Anzahl und Förderungsbarwert in den Grafiken 14 und 15 dargestellt. 2012 kamen 21 % der Projekte aus Oberösterreich, gefolgt von Niederösterreich mit 18 % und der Steiermark mit 15 %.

Die größten Anteile der Förderungen flossen 2012 mit je 22 % nach Niederösterreich und in die Steiermark. Auffällig ist der hohe Anteil an Förderungen, die in Relation zur Anzahl der Anträge für steirische Projekte zugesichert wurden. Mit nur 15 % Anteil an der Projektanzahl gingen 22 % der Förderungen in dieses Bundesland. Ursache dafür sind zwei steirische Großprojekte in den Bereichen der Betrieblichen Energiesparmaßnahmen und Wärmeverteilung. Eines dieser Projekte ist in Kapitel 3.4. als Beispiel beschrieben.

Zuordnung der Anzahl der geförderten Projekte bzw. der Förderungsmittel 2012 nach Bundesländern

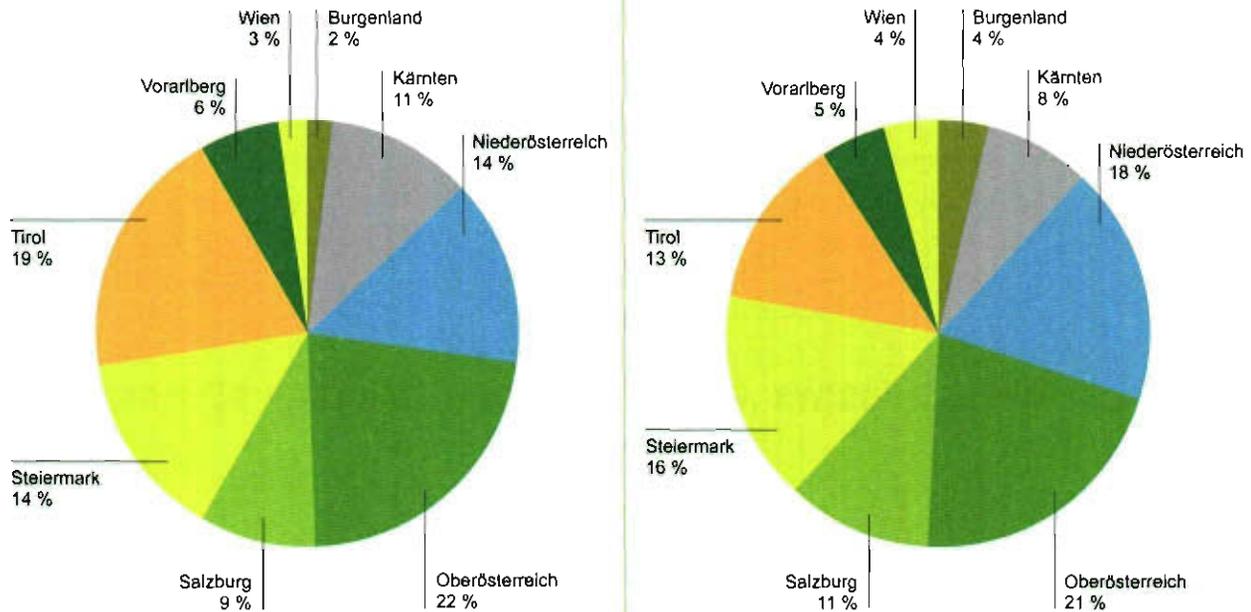


Über den Betrachtungszeitraum 1993 bis 2012 (Grafiken 16 und 17) entspricht die Verteilung der Projektanzahl nach Bundesländern im Wesentlichen der Verteilung der Förderungen. In einzelnen Jahren auftretende Unterschiede gleichen sich über einen längeren Betrachtungszeitraum aus. Lediglich in Tirol zeigt sich im langjährigen Vergleich mit anderen Bundesländern, dass mehr, jedoch kleinere Projekte gefördert werden. Mit 19 % der im Beobachtungszeitraum geförderten Projekte flossen nur 13 % der Förderungen in dieses Bundesland. An der Spitze lag, wie auch schon in den Vorjahren, Oberösterreich, sowohl hinsichtlich Anzahl der geförderten Projekte (22 %) als auch bezogen auf die erhaltenen Förderungen (21 %).

Zuordnung der Anzahl der geförderten Projekte bzw. der Förderungsmittel 1993 und 2012 nach Bundesländern

UFI-Projekte 1993 bis 2012: 24.577

Förderung UFI 1993 bis 2012: EUR 962 Mio.



Quelle: Lebensministerium/Kommunikredit Public Consulting, 2013

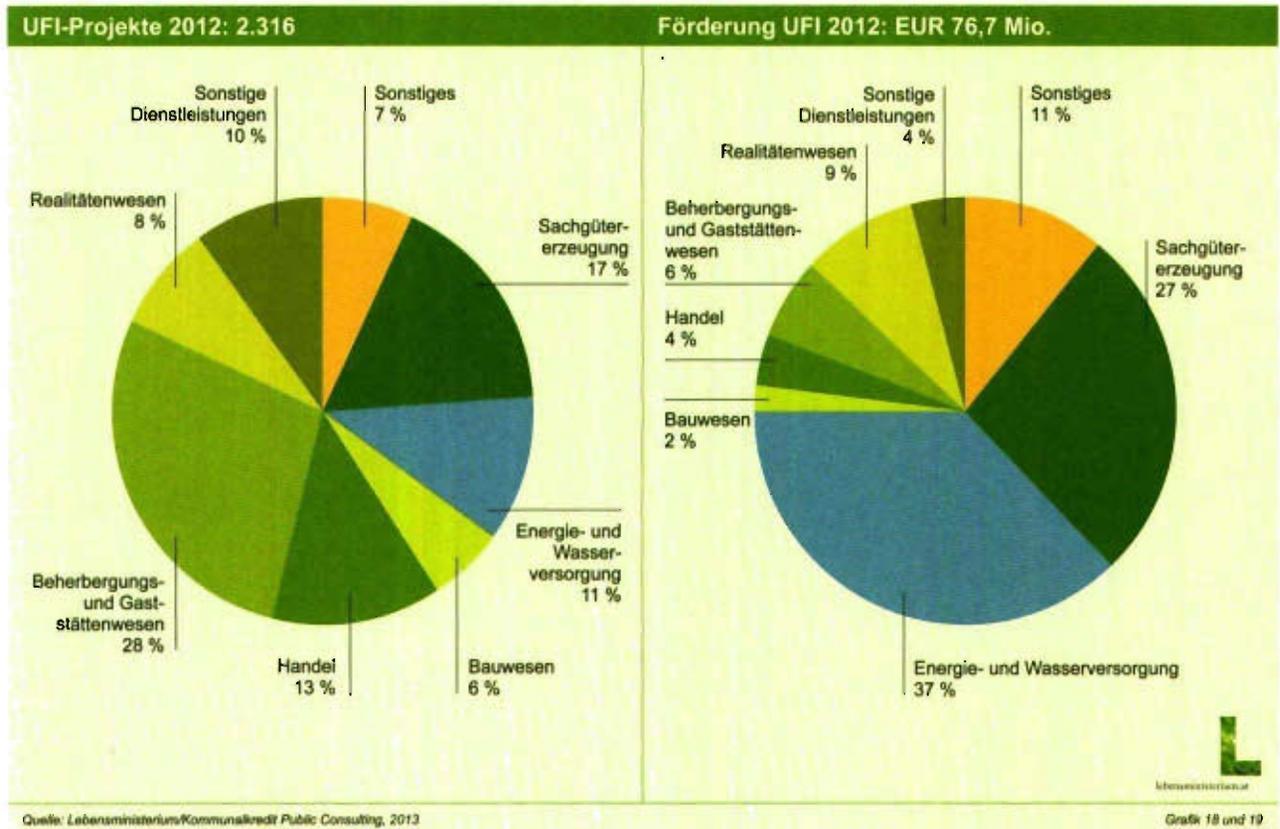
Grafik 16 und 17

Bei der Verteilung auf die unterschiedlichen Branchen (Grafik 18) kamen wie in den vergangenen Jahren auch 2012 mit rund 28 % die meisten Projekte aus dem Beherbergungs- und Gaststättenwesen. Der Anteil ist in diesem Jahr im Vergleich zum stetigen Rückgang in den Vorjahren wieder etwas gestiegen (2011: 24 % / 2010: 26 % / 2009: 32 %). Da in dieser Branchengruppe zumeist kleinere Projekte wie Solaranlagen und Biomasseheizungen umgesetzt werden, beträgt der Anteil an den Förderungen nur 6 % (Grafik 19).

Der größte Anteil an Förderungen wurde für Projekte aus den Branchen Energie- und Wasserversorgung sowie Sachgütererzeugung zugesichert. Beinahe zwei Drittel der gesamten Förderungen gingen an diese beiden Gruppen. Der Anteil der Förderungsmittel für die Branche Sachgütererzeugung ist verglichen mit den Vorjahren auf 27 % weiter angestiegen (2011: 24 % / 2010: 20 % / 2009: 16 %). Die Mittel für Projekte der Energie- und Wasserversorgungsbranche sind nach einem starken Anstieg im Jahr 2011 wieder leicht auf 37 % zurückgegangen (2011: 41 % / 2010: 31 % / 2009: 26 %).

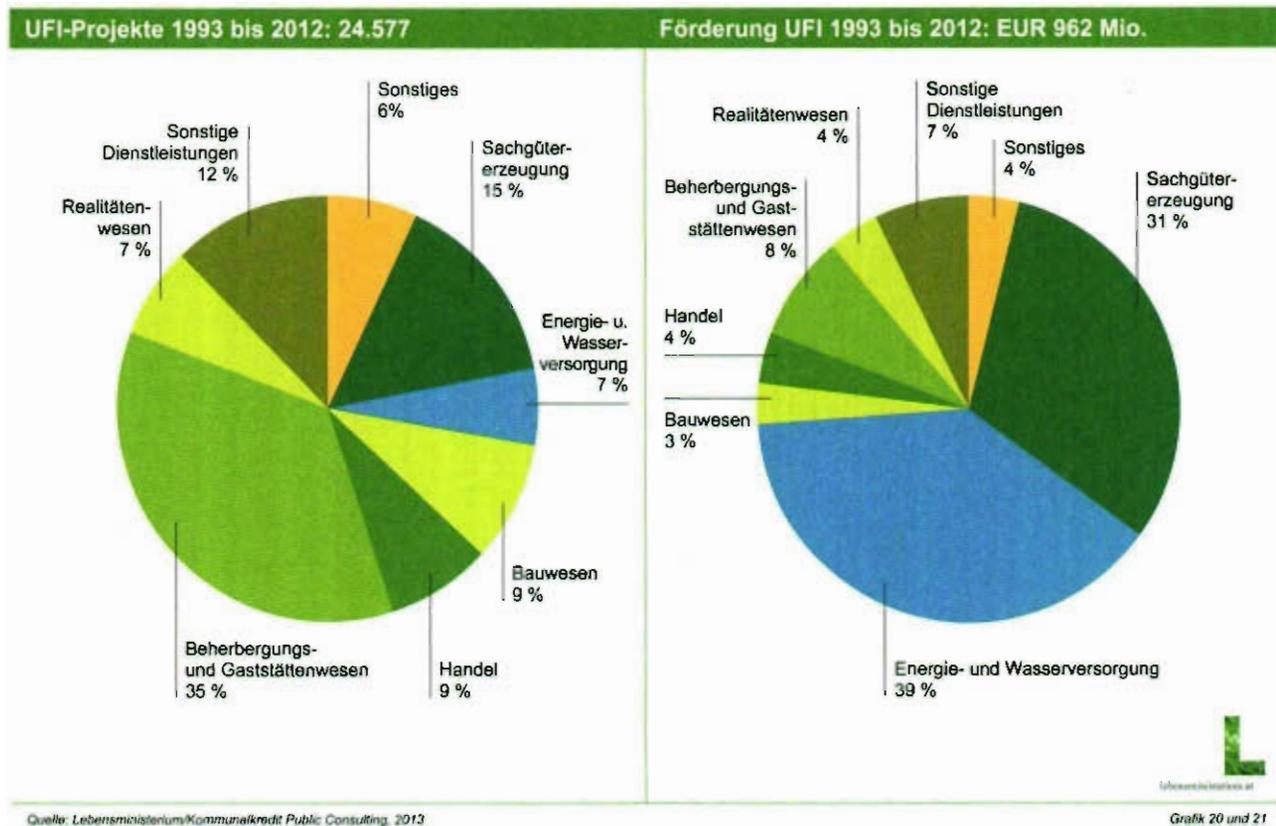
3 Umweltförderung im In- und Ausland

Zuordnung der Anzahl der geförderten Projekte bzw. der Förderungsmittel 2012 nach Branchen



Die Branchenverteilung für die zwischen 1993 und 2012 geförderten Projekte (Grafiken 20 und 21) zeigt folgendes Bild: 35 % der geförderten Projekte sind dem Beherbergungs- und Gaststättenwesen zuzuordnen. Gemessen an den Förderungen erhalten diese Projekte jedoch nur 8 % der verfügbaren Mittel. Der größte Anteil der Mittel ging an Projekte der Branchen Energie- und Wasserversorgung (39 %) sowie Sachgütererzeugung (31 %).

Zuordnung der Anzahl der geförderten Projekte bzw. der Förderungsmittel zwischen 1993 und 2012 nach Branchen



3.1.4. Effekte der im Jahr 2012 genehmigten Projekte

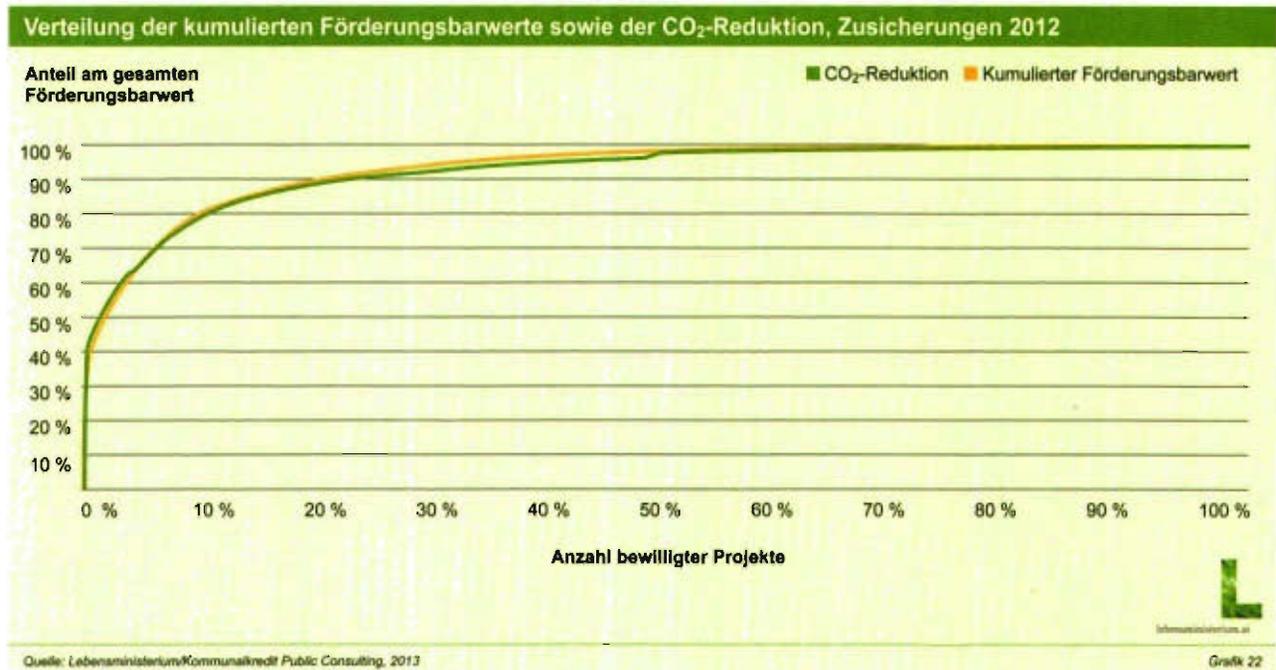
2012 wurde bereits wie in den letzten Jahren der größte Teil der Förderungen für Klimaschutzprojekte vergeben. Die Umsetzung der 2.279 klimarelevanten Projekte ermöglicht eine Reduktion von etwa 6,8 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalenten bezogen auf die technische Nutzungsdauer der Anlagen. 83 % dieser CO₂-Reduktionen, und damit etwa gleich viel wie im Vorjahr, wurden durch Projekte aus dem Bereich erneuerbarer Energieträger erzielt. Für Energieeffizienz-Projekte wird ein Anteil von 16,7 % der CO₂-Reduktionen ausgewiesen, was ebenfalls in etwa dem Vorjahreswert entspricht. Bis zum Jahr 2020 entspricht die kumulierte CO₂-Einsparung aus den im Jahr 2012 geförderten Projekten einer Gesamtmenge von 3,6 Mio. Tonnen.

Hervorzuheben sind auch die Umwelteffekte in den nicht klimarelevanten Förderungsbereichen zur Verringerung von gefährlichen Abfällen sowie Luftschadstoffen. So werden durch die 2012 geförderten Projekte unter anderem Emissionen von jährlich rund 739 Tonnen NO_x, 97 Tonnen Staub sowie 8.307 Tonnen gefährlicher Abfälle vermieden. Das bedeutet in all diesen drei Emissions-Kategorien einen wesentlichen Anstieg der Reduktionen (2011: 580 Tonnen NO_x / 29 Tonnen Staub / 4.000 Tonnen gefährliche Abfälle).

Die Verteilung der Förderungsmittel (Grafik 22) zeigt, dass 10 % der geförderten Projekte rund 77 % der Mittel beansprucht haben. Diese 10 % sind gleichzeitig für etwa denselben Anteil an CO₂-Reduktionen (rund 75 %) verantwortlich.

3 Umweltförderung im In- und Ausland

Die durch die 1.141 Projekte im Bereich der effizienten Energienutzung (das sind 49,2 % aller 2012 geförderten Projekte) erzielte Brutto-Endenergieeinsparung beläuft sich auf 241 Gigawattstunden (GWh) pro Jahr. Hochgerechnet auf die Nutzungsdauer der Anlagen entspricht das einer Einsparung von 3.061 GWh. Den größten Anteil an Energieeinsparungen liefert mit 71 % dabei der Förderungsbereich der Betrieblichen Energiesparmaßnahmen gefolgt von der Thermischen Gebäudesanierung (10 %). Die Förderungskosten pro jährlich eingesparter Kilowattstunde (kWh) belaufen sich für den Bereich Effiziente Energienutzung auf 0,11 Euro. Bezogen auf die Energieeinsparung über die Nutzungsdauer ergeben sich Förderungskosten von 0,01 Euro pro kWh.



Die Analyse der Entwicklung der spezifischen Förderungskosten je Tonne CO₂ bezogen auf die technische Nutzungsdauer der Anlagen zeigt, gegenüber dem Wert im Jahr 2011 (10,6 Euro je Tonne), einen leichten Anstieg auf ca. 11,3 Euro je Tonne im Jahr 2012. Unverändert bleibt die vorrangige Beeinflussung dieses Parameters durch einige wenige Großprojekte vor allem im Bereich der Biomasse-Nahwärme und der Wärmeverteilung, die für den weitaus überwiegenden Anteil der erzielten CO₂-Reduktionen verantwortlich sind und demnach die durchschnittlichen, spezifischen Förderungskosten massiv prägen.

2009 beauftragte das BMLFUW eine Evaluierung der ökonomischen Effekte geförderter Maßnahmen („Gesamtwirtschaftliche Effekte der klimarelevanten Maßnahmen im Rahmen der Umweltförderung im Inland 2009“, Daniela Kletzan-Slamanig/WIFO, Karl W. Steininger/Universität Graz). Eine Hochrechnung der Ergebnisse der Studie auf die Umweltförderung im Jahr 2012 zeigt, dass durch Umsetzung der geförderten Projekte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 0,14 % höher lag, als wenn diese Investitionen nicht getätigt worden wären. Dies entspricht einer Wertschöpfung von 421 Mio. Euro. Im Jahr 2012 wurde dadurch die Beschäftigung um rund 8.800 Personen erhöht. Das entspricht einem Beschäftigungseffekt von knapp 15 Personen je Mio. Euro Investitionssumme. Somit wurden arbeitsmarktbezogene Ausgaben von 113 Mio. Euro eingespart und zusätzliche Steuereinnahmen (vor allem aus Lohn- und Einkommensteuer) in Höhe von rund 368 Mio. Euro erzielt. Dem Staatshaushalt standen im Jahr 2012 aufgrund der durch die Umweltförderung im Inland erzielten Effekte um 481 Mio. Euro mehr Mittel zur Verfügung. Die fiskalischen Effekte, das heißt die Veränderung der direkten und indirekten Steuereinnahmen sowie der arbeitsmarktbezogenen Ausgaben, übersteigen das ausgeschüttete Förderungsvolumen damit deutlich.

3.1.5. Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)

Im Rahmen der betrieblichen Umweltförderung sowie der Sanierungsoffensive für Betriebe (siehe Kapitel 3.2) können Projekte, wenn sie die entsprechenden Kriterien erfüllen, aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) kofinanziert werden. Im Jahr 2012 wurden 20 Projekte mit rund 1,89 Mio. Euro EFRE-Mitteln gefördert. Die Bundesförderung für diese Projekte war mit 1,84 Mio. Euro nahezu gleich hoch (Tabelle 11).

Insgesamt standen in der EFRE-Strukturfondsperiode 2007 bis 2013 zur Kofinanzierung 32 Mio. Euro zur Verfügung – diese Mittel sind bereits in allen Bundesländern zur Gänze zugesichert. Weitere 900.000 Euro wurden für sogenannte „Reserveprojekte“ zugesichert, um auch bei Projektausfällen und Kostenreduktionen eine möglichst umfassende Ausschöpfung der EFRE-Kofinanzierungsmittel sicherstellen zu können (Tabelle 12).

Gefördert wurden überwiegend Projekte der Bereiche Energieeffizienz (Betriebliche Energiesparmaßnahmen) sowie erneuerbare Energieträger (Biomasse-Anlagen, Mikronetze, Anschluss an Fernwärme, Wärmeverteilung). Bereits 46 % der zugesicherten EFRE- Mittel wurden ausbezahlt.

EFRE-Kofinanzierung nach Bundesländern

EFRE-Kofinanzierung nach Bundesländern 2012					in EUR
Land	Anzahl	Umweltrelevantes Investitionsvolumen	Förderung EU	Förderung Bund	
Burgenland	1	210.225	47.301	15.767	
Niederösterreich	9	9.000.051	1.038.059	1.038.062	
Oberösterreich	3	469.693	63.399	63.400	
Salzburg	2	4.551.794	308.824	308.826	
Steiermark	1	27.540	3.800	3.801	
Tirol	3	4.188.871	419.269	400.041	
Vorarlberg	1	82.002	12.300	12.301	
Summe	20	18.530.176	1.892.952	1.842.198	

Quelle: Lebensministerium/Kommunikredit Public Consulting, 2013

Tabelle 11

Übersicht 2007 bis 2012

EFRE-Kofinanzierung nach Bundesländern 2007 bis 2012					in EUR
Land	Anzahl	Umweltrelevantes Investitionsvolumen	Förderung EU	Förderung Bund	
Burgenland	13	7.072.462	1.376.238	418.386	
Niederösterreich	54	73.177.135	8.235.421	7.532.834	
Oberösterreich	38	64.693.704	6.531.174	6.224.569	
Salzburg	18	17.327.424	2.037.637	1.684.109	
Steiermark	34	54.572.728	7.347.146	6.565.647	
Tirol	27	30.360.689	4.282.029	3.384.145	
Vorarlberg	16	22.417.845	3.072.211	2.239.239	
Summe	200	269.621.987	32.881.856	28.048.929	

Quelle: Lebensministerium/Kommunikredit Public Consulting, 2013

Tabelle 12

3 Umweltförderung im In- und Ausland

3.1.6. Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER)

Neben der EU-Kofinanzierung aus dem EFRE können seit 2007 Projekte auch aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) Förderungen erhalten. In der Maßnahme 321 „Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung für die ländliche Wirtschaft und Bevölkerung“ stehen für den Zeitraum 2007 bis 2013 rund 63,5 Mio. Euro an ELER-Mitteln zur Verfügung.

Insgesamt wurden im Jahr 2012 116 Projekte der Bereiche Biomasse-Nahwärme, Biomasse-Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), Kesseltausch und Wärmeverteilung aus ELER-Mitteln kofinanziert, womit die zur Verfügung stehenden Förderungsmittel bereits ein Jahr vor Ende der Strukturfondsperiode ausgeschöpft sind. Zusätzlich zur Förderung des Bundes von rund 8,8 Mio. Euro kamen dafür rund 14,1 Mio. Euro an EU- sowie rund 5,9 Mio. Euro an Landesmitteln zum Einsatz (Tabelle 13).

ELER-Kofinanzierung nach Anlagenarten 2012					in EUR
Projektart	Anzahl	Umweltrelevantes Investitionsvolumen	Förderung EU	Förderung Bund	Förderung Land
Biomasse-Nahwärme	82	85.142.392	12.743.972	7.982.488	5.321.658
Biomasse-KWK	1	272.049	24.844	15.709	10.472
Kesseltausch	2	1.052.714	93.979	59.422	39.615
Wärmeverteilung	31	7.899.690	1.214.015	727.661	485.107
Summe	116	94.366.845	14.076.811	8.785.279	5.856.852

Quelle: Lebensministerium/Kommunikations Public Consulting, 2013 Tabelle 13

Im Zeitraum 2007 bis 2012 wurden insgesamt 587 Projekte mit 65,4 Mio. Euro kofinanziert. Analog zum EFRE-Programm wurden zum Ausgleich von Projektausfällen und Kostenreduktionen „Reserveprojekte“ zugesichert (Tabelle 14). Bereits 41 % der zugesicherten ELER-Mittel wurden ausbezahlt.

ELER-Kofinanzierung nach Anlagenarten 2007 bis 2012					in EUR
Projektart	Anzahl	Umweltrelevantes Investitionsvolumen	Förderung EU	Förderung Bund	Förderung Land
Biomasse-Nahwärme	365	345.818.105	52.268.265	32.526.966	21.684.705
Biomasse-KWK	3	968.299	95.858	60.610	40.406
Kesseltausch	2	1.052.714	93.979	59.422	39.615
Wärmeverteilung	217	83.990.823	12.933.220	7.982.863	5.308.252
Summe	587	431.829.941	65.391.322	40.629.861	27.072.979

Quelle: Lebensministerium/Kommunikations Public Consulting, 2013 Tabelle 14

3.2. Sanierungsoffensive 2012

Nach dem großen Erfolg des Konjunkturpakets II des Jahres 2009 beschloss die österreichische Bundesregierung für die Jahre 2011 bis 2014 wieder Mittel für Förderungen im Bereich der thermischen Gebäudesanierung im Rahmen des Programms Sanierungsoffensive zur Verfügung zu stellen.

Mit diesen Förderungen für thermische Sanierungsprojekte wird ein maßgeblicher Beitrag zur Reduzierung von CO₂-Emissionen geleistet. Gleichzeitig werden erhebliche Beschäftigungsimpulse im Bau- und Baunebengewerbe sowie der Umwelttechnikbranche ausgelöst sowie die Sanierungsrate gesteigert.

Das förderungstechnische Management der Sanierungsoffensive erfolgt im Rahmen der bewährten und effizienten Abwicklungsstrukturen der Umweltförderung im Inland (UFI). Als Einreichstellen für Privatpersonen fungieren Banken und Bausparkassen, die Erstansprechpartner für die Kunden/innen sind und die Anträge entgegennehmen. Die weitere Projektprüfung, das Genehmigungsverfahren sowie die Endabrechnung und Auszahlung der Förderungen werden von der Kommunalkredit Public Consulting (KPC) durchgeführt. Für Betriebe erfolgt die Antragstellung und die gesamte Abwicklung direkt durch die KPC.

Im Rahmen des Konjunkturpaketes 2009 standen 100 Mio. Euro für die Finanzierung von Projekten zur thermischen Sanierung im privaten Wohnbau und für Betriebe (insbesondere KMU) zur Verfügung. Ebenso wurden für die Aktionen Sanierungsoffensive 2011 und 2012 jeweils 30 Mio. Euro für gewerblich genutzte Gebäude und 70 Mio. Euro für den privaten Wohnbau vom Lebens- und Wirtschaftsministerium bereitgestellt.

In den Jahren 2009 und 2011 wurden diese Mittel durch Zusicherungen zur Gänze ausgeschöpft. Durch günstigere Abrechnungen und Stornierungen wurden allerdings wieder Mittel frei.

Insgesamt 31.233 Projekte mit einem Investitionsvolumen von rund 1.341 Mio. Euro konnten im Rahmen der Aktionen der Jahre 2009 und 2011 zugesichert werden. Auf die Nutzungsdauer gesehen, bewirkt dies eine CO₂-Reduktion von rund 8,1 Mio. Tonnen (Tabelle 15).

Sanierungsoffensive – Zusicherungen zwischen 2009 und 2011

Zuordnung nach Betrieben und privatem Wohnbau						
Förderungswerber	Anzahl	Umweltrelevante Investitionskosten In EUR	Förderung Bund In EUR	Förderung EU in EUR	CO ₂ -Reduktion in Tonnen pro Jahr	CO ₂ -Reduktion in Tonnen bezogen auf die Nutzungsdauer
Privater Wohnbau 2009	13.534	414.824.203	53.511.133	0	78.472	2.354.152
Betriebe 2009	1.067	176.528.771	36.498.424	2.421.347	50.885	1.509.559
Konjunkturpaket 2009	14.601	591.352.974	90.009.557	2.421.347	129.357	3.863.710
Privater Wohnbau 2011	15.811	584.398.126	60.744.775	0	100.824	3.024.722
Betriebe 2011	821	165.178.636	30.551.933	153.167	41.058	1.221.296
Sanierungsoffensive 2011	16.632	749.576.762	91.296.708	153.167	141.882	4.246.017
Summe	31.233	1.340.929.736	181.306.265	2.574.514	271.239	8.109.728

Quelle: Lebensministerium/Kommunalkredit/Public Consulting, 2013

Tabelle 15

3 Umweltförderung im In- und Ausland

Für die Sanierungsoffensive 2012 konnten Anträge im Zeitraum von 20.02.2012 bis 31.12.2012 eingereicht werden. Es wurden 30 Mio. Euro für gewerblich genutzte Gebäude und 70 Mio. Euro für den privaten Wohnbau bereitgestellt.

Sanierungsoffensive – Zusicherungen 2012

Zuordnung nach Betrieben und privatem Wohnbau						
Förderungswerber	Anzahl	Umweltrelevante Investitionskosten in EUR	Förderung Bund in EUR	Förderung EU in EUR	CO ₂ -Reduktion in Tonnen pro Jahr	CO ₂ -Reduktion in Tonnen bezogen auf die Nutzungsdauer
Betriebe	446	113.704.246	18.359.640	0	23.243	686.399
Privater Wohnbau	12.402	404.031.753	42.974.757	0	66.707	2.001.213
Summe	12.848	517.735.999	61.334.397	0	89.950	2.687.612

Quelle: Lebensministerium/Kommunikations Public Consulting, 2013 Tabelle 16

Insgesamt 12.848 Projekte mit einem Investitionsvolumen von rund 517,7 Mio. Euro wurden 2012 aus den Mitteln der Sanierungsoffensive zugesichert (Tabelle 16). Da die Antragstellung bis 31.12.2012 möglich war, konnte per Ende 2012 noch nicht bei allen vorliegenden Förderungsanträgen der Genehmigungsprozess abgeschlossen werden.

97 % der 2012 geförderten Projekte stammen aus dem Bereich des privaten Wohnbaus. Das durch diese Projekte ausgelöste Investitionsvolumen beträgt 404 Mio. Euro, das entspricht rund 78 % der insgesamt durch die Sanierungsoffensive 2012 ausgelösten Investitionen. Dieser überproportionale Anteil ergibt sich aus der Tatsache, dass aufgrund der Förderungsbedingungen private Projekte mit maximal 7.000 Euro pro Antrag gefördert werden konnten. Die durchschnittliche Förderungshöhe im privaten Wohnbau liegt bei 3.465 Euro.

Im betrieblichen Bereich wurden 446 Projekte mit 18,4 Mio. Euro gefördert. Das dadurch ausgelöste umweltrelevante Investitionsvolumen beträgt 113,7 Mio. Euro. Die betrieblichen Projekte weisen eine durchschnittliche Förderung von rund 41.200 Euro auf.

Mit den geförderten Sanierungsmaßnahmen werden rund 90.000 Tonnen CO₂ jährlich eingespart. Bezogen auf die Nutzungsdauer der Maßnahmen entspricht dies einer Gesamtreduktion von 2,7 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalent. Die erzielte Brutto-Endenergieeinsparung für die Sanierungsoffensive 2012 beläuft sich auf 285 GWh pro Jahr. Hochgerechnet auf die Nutzungsdauer der sanierten Objekte entspricht das einer Einsparung von etwa 8,5 Terrawattstunden (TWh). Die Förderungskosten pro jährlich eingesparter Kilowattstunde belaufen sich auf 0,21 Euro. Bezogen auf die Energieeinsparung über die Nutzungsdauer ergeben sich Förderungskosten von 0,7 Eurocent pro kWh.

3.2.1. „Sanierungsscheck 2012“ für den privaten Wohnbau

Im Zuge des „Sanierungsschecks“ wurde im privaten Wohnbau die thermische Sanierung von bestehenden Wohngebäuden sowie unter bestimmten Voraussetzungen die Umstellung von Wärmeerzeugungssystemen gefördert. Als förderungsfähige Maßnahmen galten die Dämmung der Außenwände, der oberen oder unteren Geschosdecke und die Sanierung bzw. der Austausch von Fenstern und Außentüren.

Gefördert wurden sowohl umfassende Sanierungen als auch Teilsanierungen. Bei einer umfassenden Sanierung musste der Heizwärmebedarf auf maximal 75 kWh pro Quadratmeter und Jahr bei einem Oberflächen-Volumen-

Verhältnis des Gebäudes $> 0,8$ bzw. auf maximal 35 kWh pro Quadratmeter und Jahr bei einem Oberflächen-Volumen-Verhältnis $< 0,2$ reduziert werden.

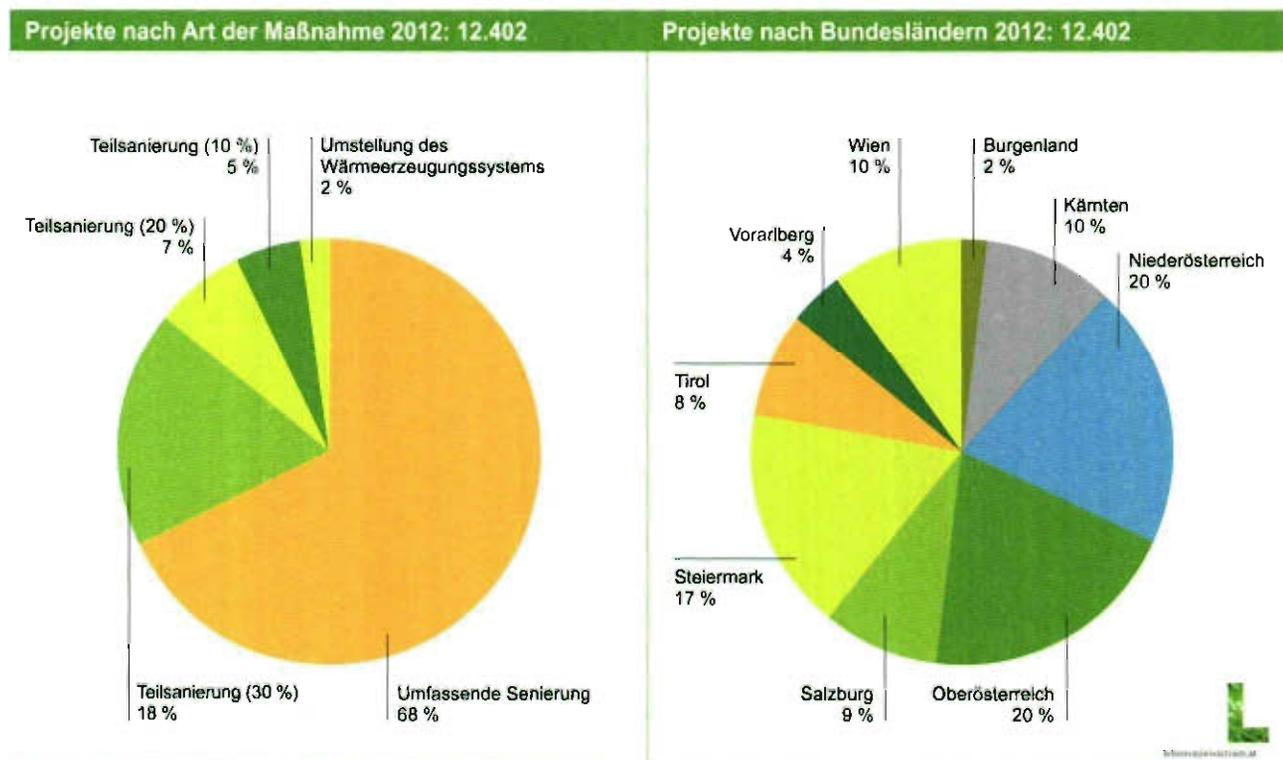
Bei der Durchführung einer Teilsanierung musste die Reduktion des Heizwärmebedarfes mindestens 30 % bzw. 20 % betragen. Bei Teilsanierungen im mehrgeschoßigen Wohnbau war eine Reduktion um mindestens 10 % Förderungsvoraussetzung.

Die Förderung wurde als einmaliger, nicht rückzahlbarer Zuschuss in Höhe von maximal 20 % der förderungsfähigen Investitionskosten gewährt. Der Förderungsbetrag für die Sanierungsmaßnahmen war mit maximal 5.000 Euro je Antrag limitiert. Bei der Verwendung von Dämmstoffen aus nachwachsenden Rohstoffen bzw. mit Umweltzeichen gab es einen Zuschlag von 500 Euro. Bei der zusätzlichen Umstellung von Wärmeerzeugungssystemen betrug die maximale Förderungshöhe 1.500 Euro bei Ein- und Zweifamilienhäusern, im mehrgeschoßigen Wohnbau 1.000 Euro pro Wohneinheit.

Der „Sanierungsscheck“ wird zusätzlich zu den jeweiligen Wohnbauförderungen der Länder gewährt, sodass das Sanieren für Privatpersonen besonders attraktiv gemacht wurde.

Erstmals gab es im Rahmen des „Sanierungsschecks“ 2012 eine Förderung für die thermische Sanierung von 28 denkmalgeschützten Gebäuden, bei der die Förderungshöhe bis zu 20 % der förderungsfähigen Investitionskosten bzw. maximal 3.000 Euro betrug. Konnte man durch die Sanierung den guten Standard einer umfassenden Sanierung erreichen, betrug die Förderung maximal 5.000 Euro bzw. bis zu 20 % der förderungsfähigen Kosten.

Zuordnung der Projekte Sanierungsoffensive privater Wohnbau 2012



3 Umweltförderung im In- und Ausland

Bei rund zwei Dritteln aller genehmigten Projekte handelt es sich um umfassende Sanierungen. Ein Drittel der Projekte entsprach den Kriterien einer Teilsanierung mit einer Heizwärmebedarfsreduktion von 30 % oder 20 % bzw. von 10 % im mehrgeschoßigen Wohnbau (Grafik 23). Bei knapp einem Fünftel aller Sanierungsmaßnahmen wurde gleichzeitig eine Umstellung des Wärmeerzeugungssystems durchgeführt. Grafik 24 zeigt, dass mehr als die Hälfte der genehmigten Sanierungsprojekte in den Bundesländern Niederösterreich, Oberösterreich und der Steiermark umgesetzt wurden, gefolgt von Wien und Kärnten mit je 10 %.

3.2.2. Sanierungsoffensive 2012 für Betriebe

Aufbauend auf den bestehenden Bestimmungen des Förderungsschwerpunktes Thermische Gebäudesanierung der Umweltförderung im Inland (UFI) wurden mit der Sanierungsoffensive in erster Linie Projekte zur thermischen Gebäudesanierung in Kombination mit Maßnahmen im Bereich der effizienten Energienutzung sowie der Wärmeversorgung angesprochen. Gleichzeitig umgesetzte betriebliche Energieeffizienz-Maßnahmen bzw. Projekte zur Umstellung von bestehenden Heizungssystemen auf Biomasse-Einzelanlagen, Solaranlagen, Wärmepumpen oder Fernwärmeanschlüsse erhielten einen sogenannten Systembonus. Dieser Bonus wurde auch dann gewährt, wenn das betroffene Gebäude bereits eine gute thermische Qualität aufweisen konnte.

Gefördert wurden Sanierungsmaßnahmen an betrieblich genutzten Gebäuden, die älter als 20 Jahre waren, wobei sich die Förderungshöhe an der erzielten Sanierungsqualität bzw. dem Ausmaß der Unterschreitung der Anforderungen für den Heizwärme- und Kühlbedarf gemäß OIB-Richtlinie für die jeweilige Gebäude-Kategorie orientierte.

Im Jahr 2012 wurden insgesamt 446 Projekte mit umweltrelevanten Gesamtinvestitionen von 113,7 Mio. Euro aus Mitteln der Sanierungsoffensive für Betriebe gefördert (Tabelle 17). Der Förderungsbarwert der Projekte beträgt rund 18,4 Mio. Euro. Beim überwiegenden Anteil der Projekte (92 %) handelt es sich um thermische Sanierungen. Rund 8 % der Projekte sind sogenannte Kombinationsprojekte.

Zuordnung der Anzahl der geförderten Projekte nach der Art der Maßnahme

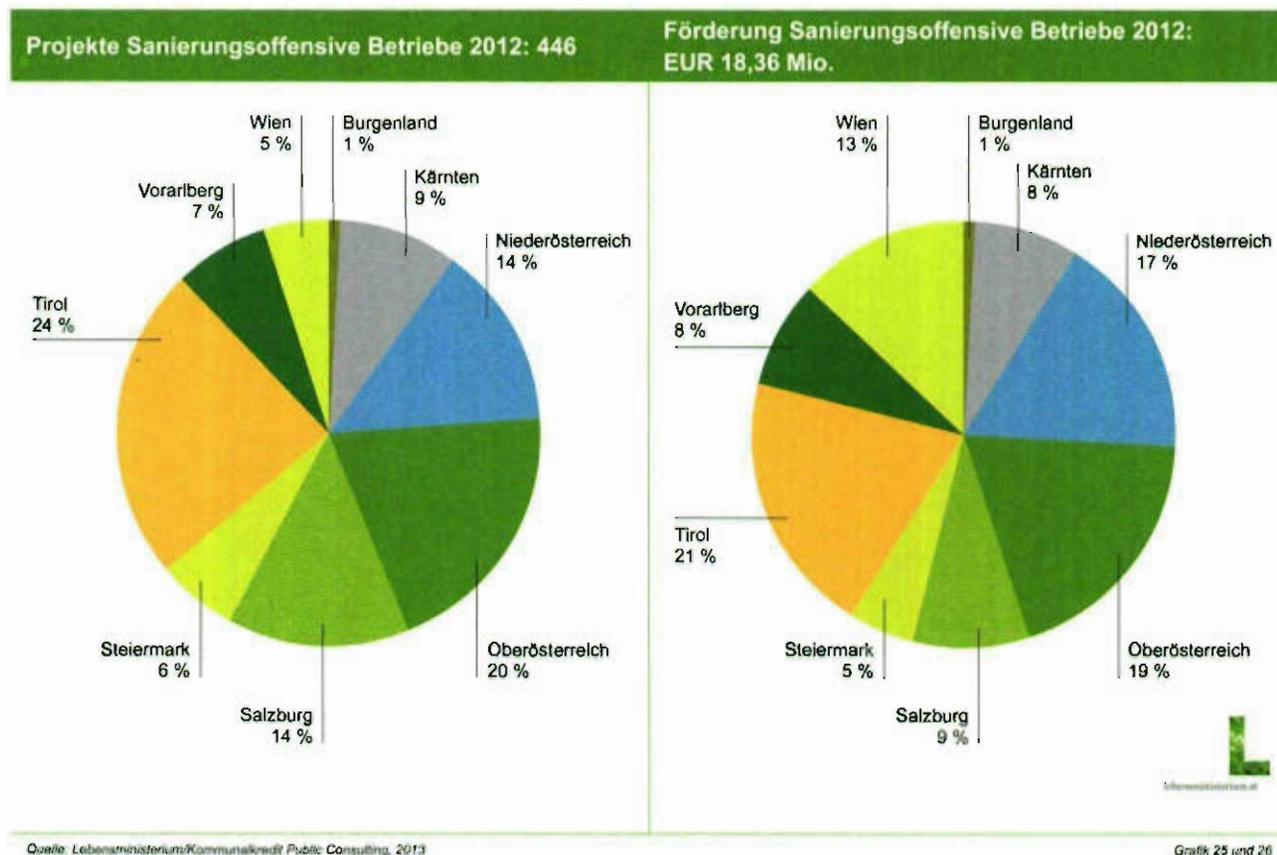
Genehmigte Projekte Sanierungsoffensive Betriebe 2012					
Art der Maßnahme	Anzahl	Umweltrelevantes Investitionsvolumen in EUR	Förderung Bund in EUR	CO ₂ -Reduktion in Tonnen pro Jahr	CO ₂ -Reduktion In Tonnen bezogen auf die Nutzungsdauer
Thermische Gebäudesanierung	412	112.832.074	18.189.348	22.358	670.739
Kombinationsprojekte					
Anschluss an Fernwärme	4	53.805	10.396	214	3.215
Biomasse-Einzelanlage	12	439.322	111.260	536	10.728
Betriebliche Energie-sparmaßnahmen	1	25.238	2.178	5	48
Umstellung auf LED-Systeme	2	14.417	2.698	11	110
Solaranlage	11	217.191	35.069	76	1.135
Wärmepumpe	4	122.199	8.691	42	424
Summe	446	113.704.246	18.359.640	23.243	686.399

Quelle: Lebensministerium/Kommunikations Public Consulting, 2013

Tabelle 17

Die regionale Verteilung der Projekte zeigt ein ähnliches Bild wie im Vorjahr (Grafiken 25 und 26). Die meisten Projekte der Sanierungsoffensive für Betriebe stammen im Jahr 2012 aus Tirol (24 %), gefolgt von Oberösterreich mit 20 %. Der größte Anteil der Förderungen ging ebenfalls in diese beiden Bundesländer (Oberösterreich: 19 % / Tirol 20 %).

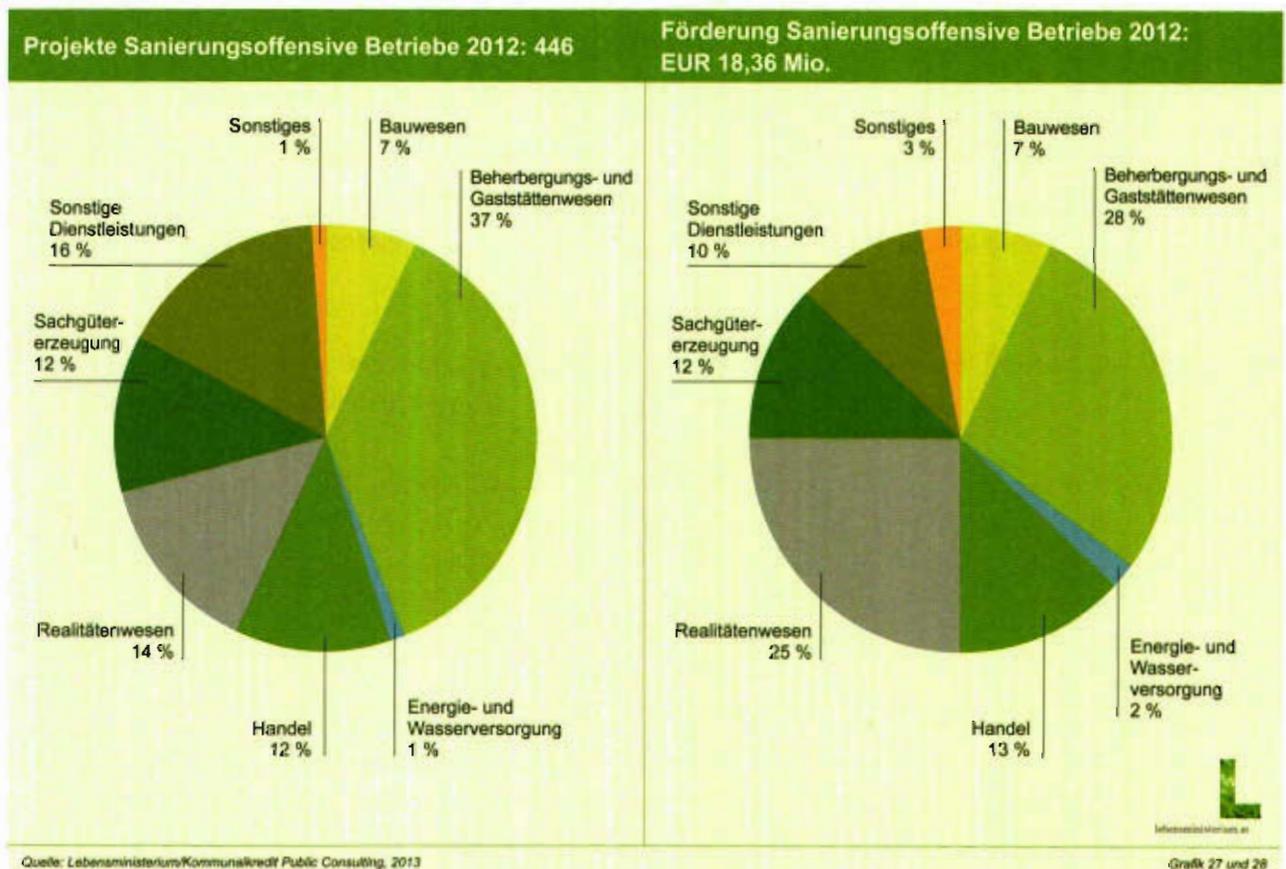
Zuordnung der Anzahl der geförderten Projekte bzw. der Förderungsmittel 2012 nach Bundesländern



3 Umweltförderung im In- und Ausland

Auch die Zuordnung der im Zuge der Sanierungsoffensive geförderten betrieblichen Projekte weist keine wesentlichen Veränderungen zum Vorjahr auf und stellt sich wie folgt dar:

Zuordnung der Anzahl der geförderten Projekte bzw. der Förderungsmittel 2012 nach Branchen



Die mit Abstand meisten Projekte (37 %) sind der Branchengruppe Beherbergungs- und Gaststättenwesen zuzuordnen. Mit 28 % floss auch der größte Anteil der Förderungen in Projekte aus dieser Branche. Anders als in der Umweltförderung spielen Projekte der Energie- und Wasserversorgung hier nur eine untergeordnete Rolle. Dies ist durch den speziellen Förderungsgegenstand erklärbar, ebenso wie der größere Anteil an Projekten aus den Branchen Realitätenwesen sowie Handel. In diesen Bereichen werden zumeist großvolumige Projekte umgesetzt.

3.2.3. Ökonomische Effekte der Sanierungsoffensive 2012

2009 beauftragte das BMLFUW eine Evaluierung der ökonomischen Effekte der Maßnahmen zur thermischen Sanierung. Die Ergebnisse der Studie mit dem Titel „Gesamtwirtschaftliche Effekte der klimarelevanten Maßnahmen im Rahmen der Umweltförderung im Inland 2009“, Daniela Kletzan-Slamanig (WIFO), Karl W. Steininger (Universität Graz) wurden im Umweltförderungsbericht 2009 präsentiert. Eine Hochrechnung der Ergebnisse der Studie auf die Sanierungsoffensive 2012 zeigt, dass durch Umsetzung der geförderten Projekte das BIP um 0,123 % höher lag, als wenn diese Investitionen nicht getätigt worden wären. Dies entspricht einer Wertschöpfung von rund 370 Mio. Euro. Im Jahr 2012 wurden dadurch rund 7.800 Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert. Das entspricht einem Beschäftigungseffekt von rund 15 Personen je Mio. Euro Investitionssumme. Somit wurden

arbeitsmarktbezogene Ausgaben von 107 Mio. Euro eingespart und zusätzliche Steuereinnahmen (vor allem aus Lohn- und Einkommensteuer) in Höhe von rund 325 Mio. Euro erzielt. Dem Staatshaushalt standen aufgrund der Effekte des Sanierungsoffensive 2012 um 431 Mio. Euro mehr Mittel zur Verfügung (siehe Tabelle 18).

Die fiskalischen Effekte (d. h. die Veränderung der direkten und indirekten Steuereinnahmen sowie der arbeitsmarktbezogenen Ausgaben) übersteigen das ausgeschüttete Förderungsvolumen damit deutlich.

Makroökonomische Größen – Effekte der Sanierungsoffensive 2012

Makroökonomische Effekte	
Investitionen für Thermische Sanierungen (in Mio. Euro)	517,74
Förderung Bund (in Mio. Euro)	61,33
Effekte auf makroökonomische Variablen	
BIP (Veränderung in %)	0,123
Beschäftigung (Veränderung absolut)	7.766
Effekte auf den Staatshaushalt (absolut in Mio. Euro)	
Einnahmen direkte Steuern (Veränderung in Mio. Euro)	195,5
Einnahmen indirekte Steuern (Veränderung in Mio. Euro)	129,1
Arbeitsmarktbezogene Ausgaben (Veränderung in Mio. Euro)	106,7
Summe der positiven Effekte auf den Staatshaushalt (in Mio. Euro)	431,2

Quelle: Lebensministerium/Kommunikations Public Consulting, 2013

Tabelle 18

3.3. Schwerpunkte 2012 und aktuelle Entwicklungen

3.3.1. Umweltförderung im Inland

Anzahl der Neuanträge wieder leicht gestiegen

Die Anzahl der Neuanträge im Jahr 2012 liegt rund 3 % über dem Wert des Vorjahres und erreicht damit in etwa das Niveau des Jahres 2009. Neben der erfreulichen Tatsache, dass sich die Investitionstätigkeit in Umweltprojekte bei österreichischen Unternehmen auch in Zeiten angespannter Konjunktur auf hohem Niveau fortsetzt, bestätigen die Einreichzahlen auch den erfolgreichen Übergang zum und das reibungslose Funktionieren des seit Anfang 2012 in Betrieb befindlichen Online-Einreichsystems für alle UFI-Förderungsanträge.

Wie auch in den Vorjahren herrschte die größte Nachfrage im Bereich der Standardförderungsbereiche, was den Erfolg der gleichzeitig mit der Richtliniennovelle 2009 durchgeführten Systemänderung nochmals unterstreicht.

Sehr positiv entwickelt hat sich die Anzahl von Neuanträgen im Bereich der Energiesparmaßnahmen. Neben der Thermischen Gebäudesanierung und Biomasse-Einzelanlagen zählt diese Projektgruppe mit 457 Projekten im Jahr 2012 zu jenen mit den meisten Neuanträgen: ein Resultat des Ausbaus des Förderungsangebots in diesem Bereich bei gleichzeitiger Standardisierung und Vereinfachung der Antragstellung. Daneben ist mit weiteren 180 Projektanträgen auch noch die Gruppe der LED-Beleuchtungsumstellungen zu nennen.

Weiterhin nachfragesteigernd wirken sich sicherlich auch die im Bilanzzeitraum steigenden Kosten für fossile Energieträger aus.

Kommissionsarbeitsgruppe zur Weiterentwicklung des Förderungsangebots und zur Vorgehensweise bei der Verschiebung von Projektgenehmigungen

Ausgehend von einer Darstellung der bisherigen Praxis bei der Verschiebung von Projekten bei knappen Zusage-Rahmen wurde in der Arbeitsgruppensitzung der Kommission eine transparente Vorgehensweise abgestimmt, die sicherstellt, dass keine Projekte aufgrund der Verschiebung nicht realisiert werden.

Darüber hinaus fand im Rahmen der Arbeitsgruppensitzung eine Diskussion über mögliche zukünftige inhaltliche Schwerpunktsetzungen der UFI statt. Es wurde u. a. die Möglichkeit besprochen, den Förderungsschwerpunkt für Luftreinhaltemaßnahmen im Bereich der diffusen Staubemissionen weiter zu entwickeln.

Weiters wurde das Thema industrielle Abwärme und die dahinterstehenden energetischen Potenziale, zu dem die Kommunalkredit Public Consulting (KPC) die vorläufigen Ergebnisse einer vom BMLFUW beauftragten Studie präsentierte, diskutiert. Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass dieses Thema sowohl für die Umweltförderung als auch für die Förderungsstellen der Länder relevant ist. Aus diesem Grund erfolgte auch die Empfehlung, die Grundlagen für einen künftigen Förderungsschwerpunkt vorzubereiten.

Kommissionsarbeitsgruppe zur Sanierungsoffensive 2013

Ziel dieser Arbeitsgruppe der Kommission war die Effektivität und Qualität der Förderungsaktion 2012 zu evaluieren und eine Weiterentwicklung der Regeln für die Sanierungsoffensive 2013 zu erarbeiten. Auf Grundlage einer Analyse der Erfahrungen und Ergebnisse der bisherigen Aktionen wurde unter anderem diskutiert, inwiefern sich die Sanierungsoffensive des Bundes für private Haushalte und die Wohnbauförderungen der Bundesländer sinnvoll ergänzen und unter welchen Gesichtspunkten es möglich ist, im Bereich der Sanierungsoffensive für Private die Sanierung von Mietwohngebäuden zu forcieren.

Im Rahmen der Arbeitsgruppensitzung wurden diverse Änderungsvorschläge für die Gestaltung der Aktion im Jahr 2013 diskutiert. Im Vordergrund standen dabei die Bestrebungen zur Attraktivierung der Förderungsbedingungen sowie administrative Vereinfachungen bei der Beantragung und Abwicklung der Förderungsaktion im Bereich privater Sanierungsprojekte. Darüber hinaus wurden Förderungsanreize für die Umsetzung von Teilsanierungen, die stärkere Berücksichtigung denkmalgeschützter Gebäude sowie den verstärkten Einsatz von Baustoffen auf Basis nachwachsender Rohstoffe entwickelt.

In Abstimmung mit den beiden für die Sanierungsoffensive zuständigen Ministerien wurde auf Basis der in der Arbeitsgruppensitzung erarbeiteten Ergebnisse eine Empfehlung der Kommission zur Gestaltung der Sanierungsoffensive 2013 für Betriebe und Private erarbeitet und im Rahmen der Kommissionssitzung im Dezember 2012 beschlossen.

Neue Förderungsaktion für Gemeinden

Aufgrund des dringenden Bedarfs einer raschen Forcierung von Energieeffizienz-Maßnahmen und zur Steigerung der Sanierungsrate bei öffentlichen Gebäuden in österreichischen Gemeinden wurde im Rahmen der UFI im Jänner 2012 ein Investitionsförderungsangebot für Gemeinden entwickelt und beschlossen.

Im Rahmen der Förderungsaktion werden Projekte zur thermischen Gebäudesanierung inklusive haustechnische Effizienzsteigerungsmaßnahmen sowie hocheffiziente Straßenbeleuchtung – unter der Bedingung einer Kofinanzierung aus den Ländern – zeitlich begrenzt bis 31.12.2014 gefördert. Ziel der Förderungsaktion ist es, durch die definierten Förderungsvoraussetzungen die energetische Qualität der in den Kommunen umgesetzten Sanierungsprojekte auf das UFI-Niveau zu heben sowie die Entwicklung von mehr und zusätzlichen Projekten in den Gemeinden anzureizen. Es ist geplant, jährlich Förderungsmittel in Höhe von drei Mio. Euro für die rasche Umsetzung von konkreten Energiesparprojekten in den Gemeinden bereitzustellen.

Im Jahr 2012 wurden 46 Gemeindeprojekte eingereicht, wovon 37 gefördert werden konnten. Die geförderten Projekte weisen eine Investitionssumme von 5,76 Mio. Euro sowie einen Förderungsbarwert von 0,61 Mio. Euro auf.

Experten/innentag Umweltförderungen

2012 wurde von der KPC zum dritten Mal der Experten/innentag Umweltförderungen veranstaltet. Insgesamt haben über 120 Personen von Förderungsstellen, Banken, Beratungsunternehmen und Planungsbüros daran teilgenommen.

Neben den Fachvorträgen der KPC zu den Themen Förderungsabwicklung und Mittelauszahlung sowie zu Schwerpunkten der unterschiedlichen Förderungsbereiche hatten die Teilnehmer/innen auch die Möglichkeit, sich von den Mitarbeitern/innen der KPC persönlich beraten zu lassen. Aufgrund des großen Interesses und der positiven Rückmeldungen wird der Experten/innentag auch im Jahr 2013 wieder organisiert.

Klimaschutz, Wachstum, Arbeitsplätze. Eine Leistungsbilanz der Umweltförderung im Inland

2012 wurde eine neue Publikation mit dem Titel „Klimaschutz, Wachstum, Arbeitsplätze. Eine Leistungsbilanz der Umweltförderung im Inland“ fertig gestellt. Ziel und Inhalt der Publikation ist die anschauliche Zusammenfassung der wichtigsten Kennzahlen der Umweltförderung im Inland für politische Entscheidungsträger, Journalisten und Stakeholder. Die Publikation ist im Format eines Taschenkalenders gedruckt (www.umweltfoerderung.at/publikationen).

Publikation zu Best-Practice Ressourceneffizienz

Ergänzend zum Anfang 2012 veröffentlichten Ressourceneffizienz-Aktionsplan (REAP) des BMLFUW hat die KPC im Jahr 2012 eine Best-Practice-Beispielsammlung für Projekte zum Thema Ressourceneffizienz herausgebracht (www.umweltfoerderung.at/publikationen). Die Broschüre präsentiert besonders innovative österreichische Projekte, die z. B. die Steigerung der Ressourceneffizienz in Unternehmen, bei Technologien oder bei Produkten und Dienstleistungen und die damit verbundenen ökologischen und ökonomischen Vorteile demonstrieren.

Potenzialanalyse zur Abwärme bei Industrieunternehmen in Österreich

In der Österreichischen Energiestrategie 2020 wird die verstärkte Nutzung industrieller Abwärme als einer der drei wesentlichen Hebel zur Steigerung der Energieeffizienz genannt. Um die Nutzung industrieller Abwärme zu forcieren, sollen lokal vorhandene Abwärmepotenziale künftig regelmäßig erhoben und im Rahmen der Energie-raumplanung berücksichtigt werden. Die Energiestrategie 2020 gibt die Prämisse vor, lokal vorliegende Abwärme-überschüsse vorrangig gegenüber anderen Energieformen einzusetzen.

Um diese Prämisse in der Umweltförderung zu verwirklichen, wurden im Rahmen einer von der KPC im Auftrag des BMLFUW durchgeführten Potenzialanalyse zur Abwärme bei Industrieunternehmen in Österreich die lokal vorhandenen Abwärmepotenziale in einem systematischen Ansatz für das gesamte Bundesgebiet erstmals erhoben. Dabei ist es gelungen, den Grundstein für die Erfassung industrieller Abwärmepotenziale in Form eines Abwärme-atlas (www.waermeatlas.at) zu legen und darüber hinaus eine wichtige Grundlage zur Weiterentwicklung des Förderungssystems in der Umweltförderung im Inland (UFI) zu schaffen.

Bestehende Förderungsprogramme für Energieversorgung und Energiesparen sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene können den Abwärmeatlas als Tool nutzen, um regionale und raumplanerische Aspekte in sinnvoller Art und Weise in die Gestaltung von Förderungen zu integrieren. Aufbauend auf den gewonnenen Erkenntnissen sollen in der zweiten Hälfte des Jahres 2013 die Bemühungen zur Entwicklung eines gezielten Förderungsange-botes für Abwärmeprojekte fortgeführt werden.

Elektronische Einreichung für die Umweltförderung im Inland

Mit Beginn des Jahres 2012 erfolgte die Umstellung auf eine vollständig elektronische Einreichung für die Umwelt-förderung im Inland (UFI). Diese Umstellung ermöglicht eine bessere Begleitung und Führung der Antragsteller/innen durch das Formular und in der Folge eine noch raschere und effizientere Bearbeitung der Projekte.

Die Online-Formulare sind hinsichtlich der notwendigen technischen Daten jeweils spezifisch auf den Förder-ungsbereich abgestimmt. Hilfetexte und Hintergrundinformationen erleichtern das Ausfüllen des Antrags. Ergän-zende Unterlagen können direkt hochgeladen werden.

Die elektronischen Formulare finden die Förderungswerber/innen auf der Homepage www.umweltfoerderung.at unter dem jeweiligen Förderungsbereich. Hier können auch projektspezifische Förderungsbedingungen in den neugestalteten Informationsblättern nachgelesen werden. Darüber hinaus wurden wichtige Hintergrundinforma-tionen zum Förderungssystem und zur -bearbeitung zu den Themen Zielgruppen, rechtlicher Rahmen, Förde-rungsberechnung und Endabrechnung kompakt und übersichtlich zusammengefasst.

Die Online-Einreichplattform ergänzt damit das vorhandene Angebot der KPC zur elektronischen Förderungs-abwicklung und zum Informationsaustausch über die Plattform MEINE FÖRDERUNG. Die Online-Plattform MEINE FÖRDERUNG wurde 2011 in Betrieb genommen und ist über www.meinfoerderung.at abrufbar. Sie bietet registrierten Förderungskunden die Möglichkeit, Daten zu ihrem Förderungsfall online einzusehen bzw. auch elektronisch Informationen an die KPC zu übermitteln. Die Erfahrung zeigt, dass immer mehr Kunden diese Möglichkeit der kundenfreundlichen und effizienten Förderungsabwicklung nutzen.

3.3.2. Forschungsförderung und Aufträge

Im Jahr 2012 wurden aus Mitteln der Umweltförderung im Inland (UFI) gemäß § 12 Abs. 8 UFG neben den Aufträgen für die Regionalprogramme der Bundesländer sieben weitere Verträge mit einem Gesamtvolumen von etwa fünf Mio. Euro beauftragt. Darunter das „klima:aktiv“-Arbeitsprogramm 2012 mit einem Volumen von 4,34 Mio. Euro. Das gesamte beauftragte Volumen für die Regionalprogramme belief sich auf 1,87 Mio. Euro.

„klima:aktiv“

Das Herzstück der im Jahr 2004 gestarteten Klimaschutzinitiative des BMLFUW sind die „klima:aktiv“-Programme. Sie ergänzen die klassischen Instrumente der Klimastrategie wie Vorschriften und Förderungen und brachten mit technischen Standards, Weiterbildung, Information und Kooperation mit Unternehmen zusätzliche Elemente in Österreichs Klimaschutzpolitik ein. Die Österreichische Energieagentur („Austrian Energy Agency“) ist mit dem Dachmanagement „klima:aktiv“ betraut.

Die aufgrund der Klimaziele notwendige Entwicklung des Gesellschafts- und Wirtschaftssystems in Richtung Energieeffizienz und Nachhaltigkeit gelingt nur, wenn möglichst viele Akteure diesen Prozess aktiv mitgestalten und dafür sorgen, dass die Veränderung vor allem auch als Chance und nicht nur als Bedrohung wahrgenommen wird. Dabei ist „klima:aktiv“ ein Impulsgeber für ein Umdenken und schafft den Brückenschlag zwischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Das zentrale Ziel von „klima:aktiv“ ist die Markteinführung und rasche Verbreitung klimafreundlicher Technologien und Dienstleistungen.

„klima:aktiv“ ist seit 2004 bestrebt, die Marktanteile der erneuerbaren Energieträger zu steigern, den Umbau Österreichs durch umfassende Sanierungen voranzutreiben und die Einführung von Mobilitätsmanagement in Österreich zu forcieren. Viele Betriebe haben mit der Unterstützung von „klima:aktiv“ ihre Produktionsprozesse optimiert. Außerdem leistet „klima:aktiv“ durch Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen („green skills“) einen Beitrag zur Schaffung und Sicherung von green jobs und zur Verbreitung der österreichischen Umwelttechnologie.

Die Kooperationen mit den Bundesländern wurden weiter gefestigt und ausgebaut. Wirtschaftspartner sind Multiplikatoren für den Klimaschutz, wie die folgenden Zahlen dokumentieren:

- Seit 2004 wurden mehr als 2.500 „klima:aktiv“-Beratungen zur optimalen Sanierung von Wohn- und Dienstleistungsgebäuden durchgeführt. Das betrifft rund 60.000 m² im Bereich Wohngebäude und 60.000 m² im Bereich Dienstleistungsgebäude allein im Jahr 2012. Mehr als 1.700 Dienstleistungsgebäude haben in der Benchmark-Datenbank ihren Energieverbrauch verglichen. Rund 100.000 m² BGF im Bereich Wohngebäude und rund 249.000 m² BGF im Bereich Dienstleistungsgebäude wurden 2012 „klima:aktiv“ auf Einhaltung der „klima:aktiv“-Standards geprüft.
- 2012 wurden allein durch die Energieeffizienz-Maßnahmen der 22 Unternehmen, die im Rahmen der jährlichen Veranstaltung ausgezeichnet wurden, rund 11 GWh an Strom und Wärme und 3.600 Tonnen CO₂ eingespart. Seit Start sind mehr als 165.000 Tonnen jährliche CO₂-Einsparung in Produktionsbetrieben dokumentiert.
- „e5-Gemeinden“ wurden auf ihrem Weg in die Energieautarkie unterstützt. Mittlerweile beteiligen sich 123 Gemeinden in sieben Bundesländern am e5-Programm.

Die 2.900 Partner im „klima:aktiv“ mobil-Programm von Großbetrieben bis zu Klein- und Mittelunternehmen, von Städten und Gemeinden bis zu den Ländern, von Tourismusverbänden bis zu Nationalparks,

3 Umweltförderung im In- und Ausland

von Schulen bis zu Jugendprojekten – beweisen mit ihren klimafreundlichen Projekten und den dadurch jährlich eingesparten 530.000 Tonnen CO₂, dass jede und jeder einen Betrag zum Klimaschutz leisten kann.

- Insgesamt haben bereits mehr 9.000 Personen an den von „klima:aktiv“ initiierten und/oder verbesserten Ausbildungen teilgenommen. Im Rahmen von „ee-betriebe“ wurden bereits rund 400 Energieberater/innen der Länder mit den aktuellen Standards der für Produktionsbetriebe wichtigsten Technologien sowie Förderungsmöglichkeiten weitergebildet.
- Auf maps.klimaaktiv.at sind die „klima:aktiv“-Kompetenzpartner, die Wirtschaftspartner und die Mobilitätsprojekte auf einer Landkarte abrufbar.
- 300 Unternehmen aus der Baubranche, Technologieanbieter, Bildungsanbieter und andere Multiplikatoren kooperieren auf vertraglicher Basis mit „klima:aktiv“.
- Neun Großunternehmen sind bis dato „klima:aktiv pakt 2020 partner“ geworden und wollen die „20-20-20-Ziele“ im eigenen Unternehmen erreichen.
- Durch gemeinsame mit der KPC erfolgte Standardisierungs- und Qualitätssicherungs-Maßnahmen konnten die Förderungseffizienz bei Biomasse-Nahwärmenetzen gesteigert und die Anzahl und Qualität der bei den Förderungsstellen eingereichten Projekte optimiert werden. Durchschnittlich konnte die Effizienz von Biomasse-Heizwerken um 10 %, die durchschnittliche Wärmedichte sogar um 30 % gesteigert werden.

Regionalprogramme

Die Regionalprogramme der Bundesländer bieten Betrieben und öffentlichen Einrichtungen geförderte Beratungen im Klima- und Umweltbereich an, mit dem Ziel deren Energieeinsatz zu optimieren und die Umweltsituation zu verbessern. Dazu werden zielgruppenorientierte Beratungsdienstleistungen wie Einzelberatungen oder Workshop-Reihen zu den Themen Energie, Abfallvermeidung, Luftreinhaltung und Ressourceneffizienz sowie zu Mobilitätsmaßnahmen und Umweltmanagementsystemen von geschulten Beratern/innen angeboten. Die geförderten Beratungen stellen eine wichtige Vorstufe zur Umweltförderung im Inland (UFI) dar und unterstützen bei der Identifikation von Investitionsprojekten, bei der Konzipierung der Projekte und bei möglichen Förderungseinreichungen.

Neben der engen Zusammenarbeit der Regionalprogramme der Bundesländer mit der Umweltförderung im Inland findet auch eine Abstimmung mit den Beratungsangeboten aus „klima:aktiv“ statt.

Die Finanzierung erfolgt gemeinsam aus Mitteln des Bundes, der Länder und deren Partner, wobei der Anteil des Bundes maximal ein Drittel der Gesamtkosten bzw. jährlich maximal 300.000 Euro pro Bundesland betragen kann.

Im Jahr 2012 wurden aus Mitteln der UFI Programme von allen Bundesländern unterstützt:

- Burgenland: Technologie Offensive Burgenland
- Kärnten: ökofit Kärnten
- Niederösterreich: Ökomanagement Niederösterreich
- Oberösterreich: Betriebliche Umweltoffensive
- Salzburg: umwelt service salzburg
- Steiermark: WIN Wirtschaftsinitiative Nachhaltigkeit
- Vorarlberg: IM-PULS3
- Tirol: ecotirol
- Wien: ÖkoBusinessPlan Wien

Im Jahr 2012 wurden die Beratungsaktivitäten (Einzelberatungen durch geschulte Berater/innen bzw. Workshops) aus dem Jahr 2011 für sieben Bundesländer der Umweltförderungskommission vorgelegt und durch den Umweltminister genehmigt.

Insgesamt 6.193 Beratungstage bzw. abgehaltene Workshops mit Gesamtkosten von rund 4,4 Mio. Euro wurden mit rund 966.000 Mio. Euro unterstützt. Das durch die Beratungsaktivitäten und die dadurch initiierten Umweltinvestitionen ausgelöste CO₂-Reduktionspotenzial liegt bei ca. 40.240 Tonnen pro Jahr. In Tabelle 19 sind die Beratungsaktivitäten der einzelnen Bundesländer dargestellt.

Beratungsförderungen im Rahmen der Regionalprogramme 2012					
Bundesland	Workshops/Beratungstage	Anzahl	Gesamtkosten in EUR	Beteiligung Umwelt- förderung im Inland in EUR	Geschätztes CO ₂ -Reduktions- potenzial in Tonnen pro Jahr
Kärnten		314	207.805	54.190	3
Niederösterreich		875	706.855	150.474	6.339
Oberösterreich		483	304.440	85.678	2.407
Salzburg		1.432	845.576	176.876	3.046
Steiermark		1.351	1.014.577	158.333	14.421
Vorarlberg		904	798.012	172.818	610
Wien		835	565.475	168.246	13.418
Summe		6.193	4.442.741	966.615	40.242

Quelle: Lebensministerium/Kommunalkredit Public Consulting, 2013

Tabelle 19

Eine Vielzahl der im Rahmen der Regionalprogramme unterstützten Beratungen resultiert in Investitionsprojekten zur Erschließung der aufgezeigten Potenziale. Das Ergebnis der Anreizförderung zur Beratung und Investition sind vorbildliche Projekte in den Bereichen erneuerbare Energieträger, Energieeffizienzmaßnahmen, betriebliche Umweltmanagementsysteme, aber auch Mobilitätsprojekte und Projekte zur Steigerung der Ressourceneffizienz, Abfallvermeidung und Luftreinhaltung.

In der von der KPC im Auftrag des BMLFUW erarbeiteten Broschüre „**Good-Practice Maßnahmen aus den Regionalprogrammen**“ (www.umweltfoerderung.at/publikationen) wird das geförderte Beratungsangebot der UFI und der Regionalprogramme vorgestellt und ausgewählte betriebliche bzw. kommunale Good-Practice-Maßnahmen aus den Bundesländern präsentiert. Die Beispiele sollen Maßnahmen und deren ökologische Auswirkungen sowie die durchgeführten Beratungs- und gegebenenfalls die Umsetzungsförderungen beschreiben und interessierten Betrieben und Gemeinden einen Überblick über das Beratungsangebot geben.

3.4. Beispiele geförderter Projekte

3.4.1. Erneuerbare Energie: Ökoenergie Jautz GmbH (Burgenland)

Die Ökoenergie Jautz GmbH betreibt eine Biogasanlage auf Basis landwirtschaftlicher Rohstoffe in Tobaj (Burgenland). Das Biogas wird über eine im Rahmen der Umweltförderung im Inland geförderten Biogasleitung zu zwei Blockheizkraftwerken in die Orte St. Michael und Deutsch Tschantschendorf geleitet. Die anfallende Wärme wird in die bestehenden Fernwärmenetze der beiden Orte eingespeist. Zur Erzeugung von Biogas werden ausschließlich Gülle und Mist aus der Tierhaltung und nachwachsende Rohstoffe des landwirtschaftlichen Betriebes der Familie Jautz eingesetzt.



Der innovative Charakter des Vorhabens geht von der zentralen Erzeugung von Biogas und der, durch die Biogasleitung möglichen, dezentralen Nutzung an Standorten, die eine 100%-ige Wärmenutzung ermöglichen, aus. Durch die Umsetzung dieser Maßnahme werden im Vergleich zu fossilen Brennstoffen jährlich 1.338 Tonnen CO₂ eingespart.

3.4.2. Energieeffizienz: Anlagenumbau Schweighofer Fiber GmbH (Salzburg)

Die Schweighofer Fiber GmbH stellte die ehemalige Papierproduktion am Standort Hallein von Papier- auf Spezialzellstoffe um. In den Umbau des Werkes wurden über 50 Mio. Euro investiert, wobei damit auch die ökologische Ausrichtung von Salzburgs größtem Industriestandort nachhaltig weiterentwickelt wird.

Eine zur Trocknung des Zellstoffs adaptierte Papiermaschine wird so umgerüstet, dass mehr Wasser aus dem nassen Zellstoff gepresst und damit der Bedarf an Erdgas für die nachfolgende Trocknung des Zellstoffes von 23,7 Tonnen pro Stunde auf 18,1 Tonnen pro Stunde gesenkt wird. Dadurch kann der Einsatz von 140 Normkubikmeter pro Stunde (Nm³/h) Erdgas für die Dampferzeugung vermieden werden.

Unter Berücksichtigung des Mehrverbrauchs an Strom durch die Schuhpresse ergibt sich eine CO₂-Einsparung von rund 1.984 Tonnen pro Jahr. Diese Energieeinsparung kommt nicht nur der Umwelt zu Gute, sondern auch dem Standort Hallein und seinen Arbeitsplätzen – denn weniger Energie bedeutet auch geringere Produktionskosten.



3.4.3. Ressourceneffizienz: Verbessertes Werkstoffrecycling SEEG Südsteirische Energie- und Eiweißherzeugung reg. GenmbH (Steiermark)

Die SEEG (Südsteirische Energie- und Eiweißherzeugung reg. GenmbH) Mureck ist ein als regionale Genossenschaft organisiertes Unternehmen, das seit 1990 als eines der ersten in Österreich, Biodiesel zur Substitution von fossilem Diesel im Verkehrssektor produziert. Aus regional aufgebrauchten Roh- und Abfallstoffen wird Biodiesel, Wärme und Strom erzeugt. In ressourceneffizienzsteigernde Maßnahmen werden rund 3,8 Mio. Euro investiert. Diese umfassen prozesstechnische und bauliche Adaptierungen.



Durch die Errichtung einer neuen Baugruppe Glycerinaufbereitung kann aus der im Prozess anfallenden Glycerinphase Rohglycerin gewonnen werden. Die Glycerinphase muss nicht mehr als Brennstoff an Zementwerke verkauft werden. Durch die Errichtung einer neuen Baugruppe Veresterung kann die anfallende Fettsäurephase recycelt und in Biodiesel umgewandelt werden. Dadurch kann die Biodieselausbeute des Gesamtprozesses von 89 % auf 98 % gesteigert werden.

Durch die Umsetzung der beantragten Maßnahme können aus 6.660 Tonnen Glycerinphase, die derzeit als Brennstoff verkauft werden, rund 1.000 Tonnen Chemikalien und rund 1.400 Tonnen Fettsäuren (für Veresterung zu Biodiesel) rückgewonnen werden. Durch die Rückgewinnung und Einsparung von Chemikalien können jährlich ca. 446 Tonnen CO₂-Emissionen vermieden werden.



4

ALTLASTEN- SANIERUNG

4 Altlastensanierung

4.1. Facts & Figures

4.1.1. Altlastensanierung im Jahr 2012

Im Jahr 2012 fanden zwei Sitzungen der Kommission in Angelegenheiten der Altlastensanierung unter dem Vorsitz von LR Dr. Stephan Pernkopf (Niederösterreich) statt.

Im Jahr 2012 wurden elf Projekte mit einem Förderungsbarwert von 33,2 Mio. Euro bei einem umweltrelevanten Investitionsvolumen von 35,7 Mio. Euro vom Umweltminister genehmigt. Der durchschnittliche Förderungssatz lag inklusive Förderung des Altlastenbeitrags bei 92,8 % (2011: 97,1 %).

Zuordnung der Förderungsmittel nach Art der Maßnahme 2012

Altlastensanierung 2012			In EUR
Bereich	Anzahl	Umweltrelevantes Investitionsvolumen	Förderungsbarwert
Sanierung/Sicherung	11	35.748.109	33.159.332
Forschung	0	0	0
Summe	11	35.748.109	33.159.332

Quelle: Lebensministerium/Kommunikations Public Consulting, 2013 Tabelle 20

In der Altlastenatlas-Verordnung des BMLFUW waren Ende 2012 insgesamt 267 Flächen als Altlasten ausgewiesen, bei denen eine erhebliche Umweltgefährdung festgestellt wurde. Davon sind 126 Altlasten als bereits gesichert oder saniert vermerkt.

4.1.2. Altlastensanierung 1993 bis 2012

Bis Ende 2012 hat der Umweltminister insgesamt für 205 Altlasten-Projekte Förderungsmittel für Vorleistungen und für Sanierungs- bzw. Sicherungsmaßnahmen genehmigt. Inklusive Forschungsprojekte und Studien sind im Zeitraum 1993 bis 2012 236 Projekte mit einem umweltrelevanten Investitionsvolumen von 1.003,3 Mio. Euro und einer Förderung in Höhe von 764,8 Mio. Euro genehmigt worden. Der durchschnittliche Förderungssatz für diesen Zeitraum liegt bei 76,2 %.

Zuordnung der Förderungsmittel nach Art der Maßnahme zwischen 1993 und 2012

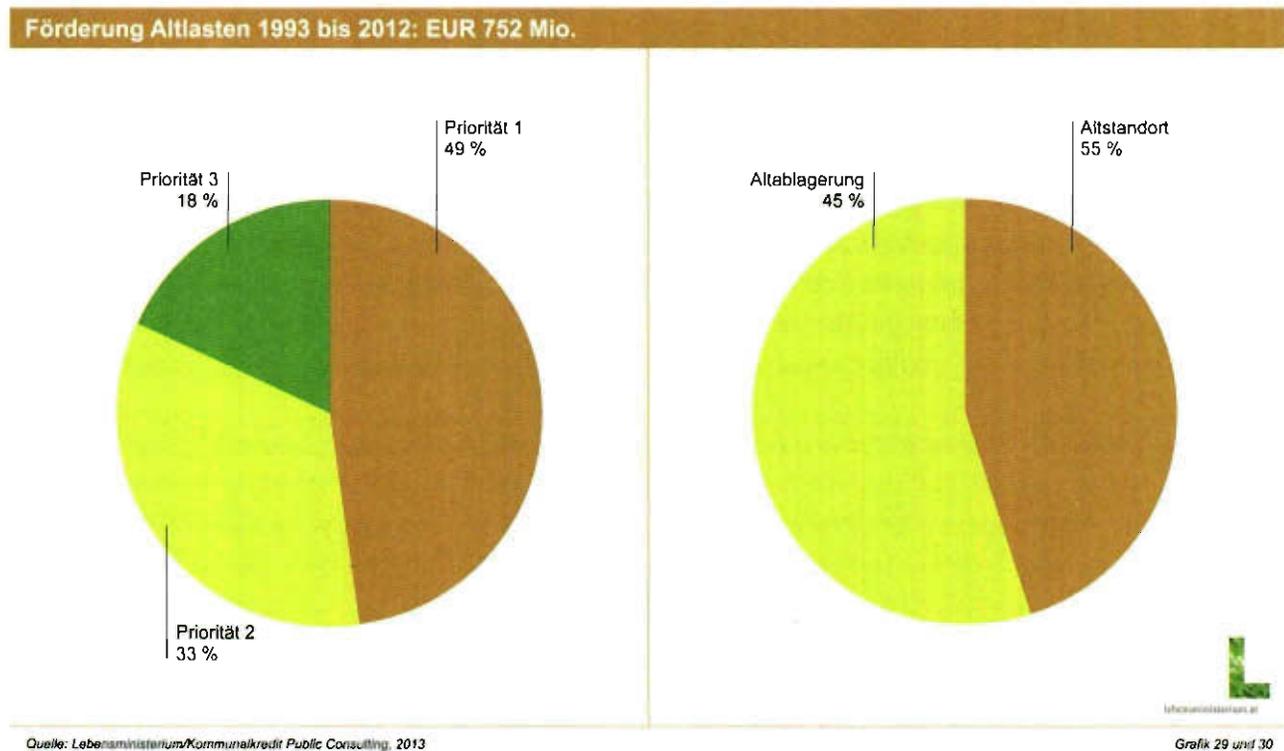
Altlastensanierung 1993 bis 2012			In EUR
Bereich	Anzahl	Umweltrelevantes Investitionsvolumen	Förderungsbarwert
Sanierung/Sicherung	205	986.377.341	751.605.553
Forschung	31	16.878.309	13.198.169
Summe	236	1.003.255.650	764.803.722

Quelle: Lebensministerium/Kommunikations Public Consulting, 2013 Tabelle 21

4.1.3. Verteilung der Förderungsmittel

Wesentliches Kriterium für die Förderungsgewährung ist das festgestellte Gefährdungspotenzial und die Dringlichkeit der notwendigen Maßnahmen, die sich in den Prioritätenklassen ausdrückt. Diese wird von der Kommission begutachtet und vom Umweltminister festgelegt. Rund die Hälfte der zwischen 1993 und 2012 genehmigten Förderungsmittel entfällt auf die Sanierung oder Sicherung von Altlasten mit der Prioritätenklasse 1 (höchste Gefährdungsstufe für Mensch oder Umwelt, Grafik 29). Die Verteilung der Förderungsmittel auf die Altlastenarten Altablagerung (Deponie) und Altstandort (Betriebsstandort) zeigt ein leichtes Übergewicht der Altstandorte (Grafik 30).

Zuordnung der Förderungsmittel nach Art der Maßnahme zwischen 1993 und 2012



4.1.4. Effekte der im Jahr 2012 genehmigten Projekte

Die im Jahr 2012 genehmigten Projekte umfassen Maßnahmen zur Sanierung oder Sicherung von kontaminierten Flächen bzw. Untergrund- oder Deponiekörper im Gesamtausmaß von rund 800.000 m² bzw. mehr als acht Mio. m³. Der Schwerpunkt liegt dabei auf Schäden durch Mineralöl, Kohlenwasserstoffe (PAK, CKW) und Abfalldeponierung. Im Zuge dieser Maßnahmen wird durch die Errichtung von über 76.000 m² Dichtwandumschließung und die Entnahme und Reinigung von kontaminiertem Grundwasser im Ausmaß von mehr als 3,5 Mio. m³ pro Jahr der Schutz der Trinkwasserreserven weiter ausgebaut. Darüber hinaus enthalten die genehmigten Projekte die Erfassung und Behandlung von jährlich 37 Mio. m³ Deponiegas. Diese Reduktion der für den Treibhauseffekt relevanten Deponiegasemissionen ist ein wirksamer Beitrag der Altlastensanierung zum Klimaschutz.

4 Altlastensanierung

4.2. Schwerpunkte 2012 und aktuelle Entwicklungen

4.2.1. Entwurf eines neuen Altlastensanierungsgesetzes

Vom BMLFUW wird der Entwurf eines neuen Altlastensanierungsgesetzes vorbereitet, mit dem ein eigenes Verfahrensgesetz für die Sanierung von Altlasten geschaffen werden soll. Vorgesehen sind umfassende Neuregelungen zur Erfassung und Ausweisung von Altlasten sowie zum Ablauf und Inhalt von Sanierungsmaßnahmen. Schwerpunkte der geplanten Neuregelungen sind unter anderem die Änderung des Altlastenbegriffes, die Einführung der Begrifflichkeit des kontaminierten Standortes, Regelungen zur Verursacherhaftung und das Verfahrensrecht zu den Sanierungsmaßnahmen.

Ein wesentlicher Punkt des neuen Altlastenrechtes soll der standort- und nutzungsbezogene Sanierungsmaßstab sein: Das Sanierungsziel und damit Art und Umfang der Sanierungsmaßnahmen sollen im Einzelfall aufgrund der standort- und nutzungsspezifischen Bedingungen definiert werden.

4.2.2. Verfügbare Förderungsmittel (Altlastenbeiträge)

2012 wurden Gesamteinnahmen aus Altlastenbeiträgen (zweckgebundene Bundesabgabe im Wesentlichen auf das Ablagern, Verbrennen und die Verbringung von Abfällen in das Ausland) von rund 43,1 Mio. Euro lukriert. Dies entspricht einem Rückgang von rund 13 % gegenüber 2011, der auf die teilweise Aufhebung der Zweckbindung in Höhe von zehn Mio. Euro für das Jahr 2012 zurückzuführen ist. (Die Gesamteinnahmen ohne Abzug belaufen sich auf rund 53,1 Mio. Euro bzw. einen Anstieg von rund 1 %).

Gemäß Altlastensanierungsgesetz (ALSAG) können diese Altlastenbeiträge zu 85 % als Förderungen Verwendung finden. Grafik 31 zeigt die Einnahmen aus Altlastenbeiträgen auf Basis des ALSAG 1989, Altlastenbeiträge wurden erstmals im Jahr 1990 eingehoben.



Auf Basis der Finanzvorschau wurde der maximale Förderungsbudgetrahmen für das Berichtsjahr 2012 durch das BMLFUW mit 35 Mio. Euro festgelegt. Die Finanzvorschau ist die Gegenüberstellung der Einnahmen aus Altlastenbeiträgen und der Ausgaben für genehmigte Altlasten-Sicherungs- und Sanierungsprojekte, Studien und Forschungsvorhaben sowie für Ersatzvorhaben und Maßnahmen nach § 18 ALSAG im zeitlichen Verlauf.

4.2.3. Forschungsförderung

Im Rahmen des Förderungsbudgets zur Altlastensanierung können gemäß § 30 und § 12 Abs. 8 UFG Mittel für Forschung und Entwicklung sowie für Studien zur Verfügung gestellt werden. Ziel dieser Förderung ist die Entwicklung und Anwendung fortschrittlicher Technologien, die sowohl die entstehenden Emissionen als auch die am Altlastenstandort verbleibenden Restkontaminationen minimieren.

Die speziell auf den österreichischen Bedarf abzielenden Forschungsschwerpunkte der Jahre 2010 bis 2012 wurden im Jahr 2012 gemeinsam mit dem BMLFUW und der Umweltbundesamt GmbH einem Review-Prozess unterzogen und die in den drei Jahren erzielten Ergebnisse evaluiert. Daraus wurden für die Folgejahre neue Forschungsschwerpunkte formuliert, die den bisher eingeschlagenen Weg in Richtung Förderung neuer in-situ-Sanierungstechnologien fortsetzen sollen.

Die festgelegten Schwerpunkte für die Jahre 2013 bis 2015 umfassen folgende Themen:

- Nanotechnologie in der Altlastensanierung
- Chemische in-situ-Verfahren zur Sanierung von Altlasten
- Weiterentwicklung von in-situ-Sanierungstechnologien und deren Anwendung in kombinierten Verfahren

4 Altlastensanierung

4.3. Beispiele geförderter Projekte

4.3.1. BP-Tanklager Linz 1 alt, Schadensfall 2A (Oberösterreich)

In Linz wird im „Tankhafen 4“ ein seit dem Jahr 1964 bestehender Schaden nun endgültig saniert. Voraussetzung dafür war die Bereitschaft der seit 2011 neuen Betreiberin des Tanklagers, die ELG-Asset GmbH aus Lannach (eine Tochter der Erdöl-Lagergesellschaft m.b.H.), ein allumfassendes, erfolgsversprechendes Sanierungsprojekt umsetzen zu wollen.

Der Altstandort „BP-Tanklager Linz 1 alt – Schadensfall 2A“, wurde seit den 1960er Jahren als Umschlagplatz und Lagerstätte für Mineralölprodukte genutzt. Durch einen Schadensfall aus dem Jahr 1964 und den

jahrelangen manipulationsbedingten Austritten von Mineralöl entstand auf rund 4.500 m² bis in eine Tiefe von ca. 12 Meter eine erhebliche Kontamination im Grundwasser durch Mineralölkohlenwasserstoffe und aromatische Kohlenwasserstoffe.



Die in die Priorität 3 eingestufte Altlast wird nun von der ELG-Asset GmbH durch Räumung in der ungesättigten Zone, Abschöpfung der aufschwimmenden Mineralölphase am Grundwasser und Airsparging (Einblasen von Luft in das Grundwasser) vollständig saniert. Das kontaminierte Bodenmaterial wird nach Voruntersuchungen auf dem Stand der Technik entsprechenden Deponien ordnungsgemäß entsorgt. Das im Zuge der Arbeiten entnommene Grundwasser wird über eine Aktivkohlereinigungsanlage dekontaminiert.

Nach einer rund fünfmonatigen Sanierungsphase wird die erfolgreiche Sanierung über ein Beweissicherungsprogramm nachgewiesen. Die erhebliche Gefährdung für das Grundwasser sollte dann nachhaltig abgewendet sein.

4.3.2. Deponie Tulln (Niederösterreich)

Die Stadtgemeinde Tulln saniert ihre ehemalige Mülldeponie. Diese befindet sich rund zwei Kilometer nördlich des Stadtzentrums von Tulln jenseits der Donau im linksufrigen Augebiet. Von 1972 bis 1984 wurde eine ehemalige Schottergrube auf einer Fläche von ca. 44.500 m² mit unsortiertem Hausmüll, Bauschutt, Sperrmüll und Kalk verfüllt. Das Volumen der Ablagerungen beträgt rund 200.000 m³. Die Deponie wurde ohne Basisabdichtung und Sickerwassererfassung zum Schutz des Grundwassers errichtet. Das hohe Schadstoffpotenzial der Deponie verursacht eine erhebliche Verunreinigung des nutzbaren Grundwassers.

Die Deponie wird durch Umschließung mittels Dichtwand und Wasserhaltung gesichert. Die Dichtwand umfasst eine Länge von ca. 840 Meter und eine mittlere Tiefe von rund zwölf Meter. Zur Verhinderung eines kontaminierten Grundwasseraustrittes aus der Umschließung erfolgt eine dauerhafte Absenkung des Grundwasserspiegels innerhalb der Umschließung mittels Absenkbrunnen. Die Pumpwässer werden nach entsprechender Vorreinigung in die Kanalisation eingeleitet. Eine laufende begleitende Beweissicherung sichert die Einhaltung des Absenkziels der Umschließung und überwacht die Grundwasserqualität im An- und Abstrom.

Die Sicherung verhindert mit sofortiger Wirkung einen weiteren Austrag von Schadstoffen aus dem Deponiekörper in den Grundwasserstrom. Die Wasserhaltung im umschlossenen Deponiekörper führt zu einer laufenden Reduktion des Schadstoffpotenzials. Damit kann die Grundwasserverunreinigung soweit reduziert werden, dass eine Gefährdung des Grundwassers ausgeschlossen werden kann.





5

UMWELT- UND
WASSERWIRTSCHAFTS-
FONDS

5 Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds

5.1. Facts & Figures

Der Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds (UWF) ist eine Körperschaft öffentlichen Rechts, die vom Umweltminister vertreten wird. In dieser Funktion bedient sich der Umweltminister der Kommunalkredit Public Consulting (KPC) zur Wahrnehmung der Geschäftsführung des Fonds. Nach § 51 des Umweltförderungsgesetzes (UFG) bleibt der Fonds als Träger der Rechte und Pflichten, die im Bereich der Siedlungswasserwirtschaft nach dem Wasserbautenförderungsgesetz (WBFG) und dem Marchfeldkanalgesetz rechtsverbindlich entstanden oder zugesichert worden sind, bestehen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung des UWF zeigt im Jahr 2012 einen Überhang der Erträge gegenüber den Aufwendungen in Höhe von 17,2 Mio. Euro, was zu einem Anstieg des Eigenkapitals auf 1.485,0 Mio. Euro führt. Die Bilanzsumme des UWF ist gegenüber dem Vorjahr von 1.927,6 Mio. Euro auf 1.925,0 Mio. Euro leicht gefallen.

Im Jahr 2012 wurden für Nachlässe gemäß § 18 WBFG an vier Gemeinden 0,4 Mio. Euro ausgezahlt.

Gemäß der UFG-Novelle 2008 kann der Umweltminister in den Jahren 2007 bis 2015 für Zwecke der Verbesserung des ökologischen Zustandes der Gewässer Förderungen in Höhe von 140 Mio. Euro zusagen (§ 6 Abs. 2e). Diese Mittel sind laut § 51 Abs. 5a UFG vom UWF zur Verfügung zu stellen. Im Jahr 2012 wurde die hierfür vorgesehene Rückstellung mit weiteren 20 Mio. Euro dotiert. Bis dato wurden Mittel von insgesamt 43,1 Mio. Euro genehmigt und davon bereits 10 Mio. Euro ausbezahlt.

5.2. Rechnungsabschluss 2012

5.2.1. Bilanz

Bilanz zum 31. Dezember 2012		In EUR			
AKTIVA	31.12.2012	31.12.2011	PASSIVA	31.12.2012	31.12.2011
A. Umlaufvermögen			A. Kapital		
I. Guthaben bei Banken			1. Kapital zu Jahresbeginn	1.467.741.321,27	1.443.639.693,04
1. Guthaben bei sonstigen Kreditinstituten	718.022,42	2.481,18	2. Kapitalveränderung	17.232.206,40	24.101.628,23
2. Termineinlagen	0,00	1.641.494,47			
	718.022,42	1.643.975,65	B. Rückstellungen		
II. Wertpapiere des Umlaufvermögens			1. Rückstellungen für Forderungsausfälle	633.615,48	1.032.079,75
	1.891.900,494,67	1.895.601.597,25	2. Rückstellungen für offene Zusicherungen gemäß § 51 UFG	0,00	2.693.835,67
III. Sonstige Forderungen			3. Rückstellungen für Hochwasser Sonderfranche	1.155,00	16.882,00
	31.836.888,23	29.740.652,81	4. Rückstellung für Gewässerökologie	110.027.497,32	96.005.295,83
				110.662.267,80	99.748.093,25
B. Rechnungsabgrenzungsposten			C. Verbindlichkeiten		
	540.000,00	660.000,00	1. Forderung des Bundes gem. § 51 Abs. 5a UFG	321.573.357,19	352.874.073,21
			2. Sonstige Schulden	7.786.252,66	7.282.737,98
				329.359.609,85	360.156.811,19
Summe AKTIVA	1.924.995.405,32	1.927.646.225,71	Summe PASSIVA	1.924.995.405,32	1.927.646.225,71

Kommunikredit Public Consulting GmbH



DI Christopher Gay



DI Alexandra Amerstorfer

5 Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds

5.2.2. Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2012		in EUR	
	2012	2011	
1. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.143.978,05	-3.532.981,92	
2. Kursveränderungen	-38.357.976,00	-34.611.530,00	
3. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (KESt)	-17.718.366,87	-17.771.561,06	
4. Zuführung zu Rückstellungen und Verbindlichkeiten			
a) Dotierung Rückstellung Gewässerökologie	-20.000.000,00	-20.000.000,00	
Summe Aufwendungen	-77.220.320,92	-75.916.072,98	
5. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge			
a) Kursveränderungen	22.898.307,42	28.931.457,06	
b) Bankzinsen	69.374,17	181.198,62	
c) Zinserträge aus Wertpapieren	68.776.846,66	70.905.045,53	
	91.744.528,25	100.017.701,21	
6. Sonstige betriebliche Erträge	0,00	0,00	
7. Auflösungen von Rückstellungen	2.707.999,07	0,00	
8. Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	
Summe der Erträge	94.452.527,32	100.017.701,21	
9. Vermögensveränderung	17.232.206,40	24.101.628,23	

5.2.3. Erläuterungen zur Bilanz

a) Guthaben bei Banken

Diese Position beinhaltet die Veranlagung kurzfristig zur Verfügung stehender Mittel.

b) Wertpapiere des Umlaufvermögens

Diese Position beinhaltet österreichische Bundesanleihen zu einem Gesamtbuchwert von 1,89 Mrd. Euro.

c) Sonstige Forderungen

In dieser Position werden die Zinsabgrenzungen der Wertpapiere des Umlaufvermögens ausgewiesen.

d) Rückstellungen für Forderungsausfälle

Diese Position enthält Rückstellungen für Umwandlung gem. § 18 Wasserbautenförderungsgesetz (WBFG): Für Gemeinden und Verbände, die Ansuchen gemäß § 18 Abs. 1 WBFG gestellt haben, wurden Rückstellungen im Ausmaß von insgesamt 0,6 Mio. Euro gebildet.

e) Rückstellungen für Zinsdifferenzen bei offenen Zusicherungen gem. § 51 UFG

Diese Rückstellung enthielt ab dem Jahr 2003 eine offene Zusicherung an die Marchfeldkanal Betriebsgesellschaft gemäß § 3 Abs. 3 Z. 2 Marchfeldkanalbundesbeitragsgesetz, die mit 2,69 Mio. Euro im Ausmaß von 50 % zurückgestellt worden war. Da die Realisierungswahrscheinlichkeit des zugrundeliegenden Projektes „Hochterrasse“ in absehbarer Zukunft als gering eingestuft wird, wird die vorhandene Rückstellung per 31.12.2012 aufgelöst.

f) Rückstellungen für Hochwasser-Sondertranche

Eine Rückstellung in der Höhe von 12 Mio. Euro wurde gemäß Novelle zum Umweltförderungsgesetz (§ 6 Abs. 2b und § 51 Abs. 5a) seitens des Fonds für die Förderung von Sanierungsmaßnahmen der Hochwasserschäden im Jahr 2002 gebildet. Bis zum Stichtag 31.12.2012 kamen 11,4 Mio. Euro bereits zur Auszahlung, für ein noch offenes Projekt gibt es einen maximalen Mittelbedarf von 1.155 Euro.

g) Rückstellung für Gewässerökologie

Eine Rückstellung in der Höhe von 120 Mio. Euro wurde gemäß Novelle zum Umweltförderungsgesetz (§ 6 Abs. 2e und § 51 Abs. 5a) seitens des Fonds für die Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung des ökologischen Gewässerzustandes gebildet, wovon 9,97 Mio. Euro bereits ausbezahlt wurden.

h) Forderungen des Bundes gem. § 51 Abs. 5a UFG

Die Position Forderung des Bundes gemäß § 51 Abs. 5a Umweltförderungsgesetz beinhaltet alle noch offenen Auszahlungen für die im Rahmen der Sondertranchen gemäß § 6 Abs. 2a zugesagten Förderungen.

i) Sonstige Schulden

In dieser Position ist die Kapitalertragsteuer (KESt.) für die Zinsabgrenzungen der Wertpapiere des Umlaufvermögens ausgewiesen.

5.2.4. Bestätigungsvermerk

Als Ergebnis unserer Prüfung der Tätigkeit der Kommunalkredit Public Consulting GmbH als Abwicklungsstelle gemäß § 11 Abs. 1, § 46 Abs. 1 und § 51 Abs. 2 Umweltförderungsgesetz für den Zeitraum 1. Jänner bis 31. Dezember 2012 erteilen wir den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk:

„Nach Durchführung unserer pflichtgemäßen Prüfungen bestätigen wir:

Die Buchführung und der Jahresabschluss entsprechen den gesetzlichen Vorschriften. Der Jahresabschluss vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds.

Die Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit der Tätigkeit der Kommunalkredit Public Consulting GmbH, insoweit sie im Auftrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft als Abwicklungsstelle im Sinne des § 11, § 46 und § 51 Umweltförderungsgesetz tätig ist, liegt vor.

Die Ermittlung des Entgelts für die Abwicklung der Förderungen nach dem Umweltförderungsgesetz erfolgte ordnungsgemäß in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des § 5 des Vertrages über die Abwicklung der Förderung nach dem Umweltförderungsgesetz.

Die Rechnungslegung sowie die Führung des Treuhandkontos durch die Kommunalkredit Public Consulting GmbH wurde ordnungsgemäß in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des § 5 sowie des Anhangs E des Vertrages über die Abwicklung der Förderung und sonstigen Aktivitäten nach dem Umweltförderungsgesetz durchgeführt.“

Wien, 30. April 2013

Grant Thornton Unitreu GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und
Steuerberatungsgesellschaft

Abkürzungsverzeichnis

ABA	Abwasserentsorgungsanlagen
ALSAG	Altlastensanierungsgesetz
AOX	adsorbierbare organische Halogenverbindungen im Wasser
BAM	Betriebliche Abwassermaßnahmen
BGF	Bruttogrundfläche
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMLFUW	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
BSB₅	Biologischer Sauerstoffbedarf in fünf Tagen
CKW	Chlorkohlenwasserstoff
CO₂	Kohlendioxid
EFRE	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
ELER	Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes
EMSR	Elektronisches Messen, Steuern und Regeln
EU	Europäische Union
GWh	Gigawattstunden
KMU	Kleinere und mittlere Unternehmen
KPC	Kommunalkredit Public Consulting GmbH
kW	Kilowatt
kWh	Kilowattstunde
KWK	Kraft-Wärme-Kopplung
LED	Light-Emitting Diode (Leuchtdiode)
MWh	Megawattstunde
NGP	Nationaler Gewässerbewirtschaftungsplan
Nm³/h	Normkubikmeter pro Stunde
NO_x	Stickoxid
OIB	Österreichisches Institut für Bautechnik
PAK	Polyzyklischer aromatischer Kohlenwasserstoff
PEWV	Pauschalierte Einzelwasserversorgungsanlagen
TWh	Terrawattstunde
UFA	Umweltförderung im Ausland
UFG	Umweltförderungsgesetz
UFI	Umweltförderung im Inland
UWF	Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds
WBFG	Wasserbautenförderungsgesetz
WIFO	Wirtschaftsforschungsinstitut
WVA	Wasserversorgungsanlagen







Notizen



Die Initiative GENUSS REGION ÖSTERREICH hebt gezielt die Bedeutung regionaler Spezialitäten hervor.
www.genuss-region.at



Österreichs erstes grünes Karriereportal für umweltfreundliche green jobs.
www.green-jobs.at



lebensministerium.at

Informationen zu Landwirtschaft, Wald, Umwelt, Wasser und Lebensmittel.
www.lebensministerium.at



Das Österreichische Umweltzeichen ist Garant für umweltfreundliche Produkte und Dienstleistungen.
www.umweltzeichen.at



Das erste Webportal für nachhaltigen Konsum in Österreich.
www.bewusstkaufen.at



Das Internetportal der Österreichischen Nationalparks.
www.nationalparksaustria.at



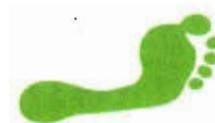
Die Klimaschutzinitiative des Lebensministeriums für aktiven Klimaschutz.
www.klimaaktiv.at



Die Kampagne vielfaltleben trägt bei, dass Österreich bei der Artenvielfalt zu den reichsten Ländern Europas gehört.
www.vielfaltleben.at



Die Jugendplattform zur Bewusstseinsbildung rund ums Wasser.
www.generationblue.at



www.mein-fussabdruck.at

Der Ökologische Fußabdruck ist die einfachste Möglichkeit, die Zukunftsfähigkeit des eigenen Lebensstils zu testen. Errechnen Sie Ihren persönlichen Footprint.
www.mein-fussabdruck.at





lebensministerium.at